

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer 20

Oktober / November 2003

**Ostumgehungsgegner enthüllen
bezeichnende Connection**

Hier geblieben - Recht auf Bleiberecht

**Castor-Festspiele 2003
Wir sind am Zug!**

Stolpersteine

**Martin Biermann
im Irak**

**Junge Union in Celle
nach rechts weit offen**



Inhalt

Ostumgehungsgegner enthüllen bezeichnende Connection	Seite 03
Winsener Großfamilie Ipek zerris- sen – Sechsjähriger einziger Mann im Haus	Seite 04
Inteviu mit Kai Weber Hier geblieben – Recht auf Bleiberecht	Seite 05
Die Erinnerung an die Shoa in unseren Alltag holen – Stolpersteine	Seite 07
Martin Biermann im Irak	Seite 08
Lars Seidensicker jammert	Seite 09
Lokales – Meldungen	Seite 10
Bei langer Arbeitslosigkeit wird Absturz in die Armut zur Regel	Seite 14
Demonstration gegen Sozialkahl- schlag am 01.11.in Berlin	Seite 17
Castor-Festspiele 2003 Wir sind am Zug!	Seite 18
Literatur	Seite 19
Landtagsgrüne gegen Gutscheine	Seite 22
JU in Celle nach rechts weit offen	Seite 18
Kino achteinhalb	Seite 23
Termine	Seite 24

Hasta la (Re-)vista

so lautet die Überschrift des Kapitels über unsere und Eure Zeitung im dem funkelniegelneuen SchülerInnenkalender des Bunten Hauses. Die revista-Redaktion ist von dem Kalender schwer begeistert. Er ist umsonst, und - wer weiß? - vielleicht könnt Ihr noch einen ergattern, wenn Ihr Euch spaltet.

Der Sommer war lang und heiß und wir haben mal wieder etwas geschlurt - dafür haben wir diesmal wieder 24 Seiten zusammenbekommen. Wenn das so weitergeht mit der Schlamperei, sind wir bald bei nur noch vier Ausgaben im Jahr.

Beim Layout fehlte leider unser Korrekturleser, hoffentlich haben wir nicht allzu viele Fehler übersehen. Seht doch einfach großzügig darüber hinweg - Ihr kennt das doch schon.

Also an die Arbeit, es gibt viel zu tun - siehe Termine!

Ende November ist Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe.

Bis dahin Eure revista



Impressum:
Revista, Nr.20 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle ■ E-Mail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner ■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr.: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!
■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Stadt Celle ist Mitglied im Verein der Straßenbaulobbyisten Ostumgehungsgegner enthüllen bezeichnende Connection

Die Stadt Celle ist Mitglied in der "Gesellschaft für umweltgerechte Straßen- und Verkehrsplanung" (GSV). Schön, könnte mensch denken. Aber leider handelt es sich um eine der wichtigsten Lobbyistengruppen der am Straßenbau verdienenden Industrie. Damit ist der Clou der Veranstaltung genannt, den die BI "Im Interesse Aller" im Juli unter dem Titel "Das OSTumgebungskartell - alles über Hintermänner, Drahtzieher und Absahner" in Altenhagen durchführte.

Der reißerische Titel hatte rund 60 Interessierte gelockt, darunter einige Vertreter der Stadtverwaltung. Im Vorfeld hatten sich OB Biermann und die Vorsitzenden der Ratsfraktionen mit Ausnahme der Bündnisgrünen mit einer gemeinsamen Erklärung gegen die - ihnen unbekannt und nur vermuteten - Anschuldigungen reagiert. Dieses fast panische Verhalten machte sie im Nachhinein verdächtiger, als es der Vortrag zu belegen vermochte. Immerhin: Die Strategie der Straßenbaufetischisten, sich als Sachwalter eines übergeordneten Interesses darzustellen, hat einen Riss bekommen.

Der Vortrag von Werner Schulze in Kurzfassung: Die GSV wirkt seit knapp 25 Jahren als gemeinnütziger Verein für die Durchsetzung umstrittener Straßenbauprojekte. An führender Stelle agieren Manager großer Tiefbauunternehmen sowie der Zement- und Asphaltindustrie, aber auch der großen deutschen Autokonzerne. Die norddeutsche Landesvertretung wird von dem in Ruhestand befindlichen ehemaligen Nienburger Baudirektor Jürgen Reinhardt geleitet, der für seine Lobbyistentätigkeit rund 35.000 Euro im Jahr erhalten soll. Der GSV geht es um die Einflussnahme auf Politiker, die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch von ihr geförderten "Bürgerinitiativen" und die langfristig angelegte Beeinflussung der Entscheidungen von Verwaltungsgerichten. 1998 sei es der GSV gelungen, die "Bürgeraktion Pro Ostumgehung" ins Leben zu rufen - wobei es, wie ein von Schulze zitiertes Schreiben belegte, auch finanzielle Zuwendungen gegeben hat. Unterstützt worden sei sie von dem CDU-Landtagsabgeordneten und 1. Bürgermeister der Stadt Celle, Dr. Otto Stumpf. Es folgte der Hinweis, dass sowohl Stumpf wie auch die vier "Aktivisten" der Bürgeraktion (Siegfried Schulz, Bernd Heindorff, Wolf Dammeier und Hermann Schünemann) Immobilienbesitz im Bereich einer möglichen Westumgehung hätten. Als weitere Akteure des "Ostumgehungskartells" nannte der Referent den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Alfred Tacke, und Oberbürgermeister Martin Biermann, beide mit Immobilienbesitz in Klein-Hehlen gesegnet. Nun ist es ja nicht verwerflich, in seinem Garten von Autolärm und -abgasen verschont bleiben zu wollen - im Gegenteil. Das Problem könnte höchstens darin bestehen, dass die Herren in einem ver-



meintlich "übergeordnetem Interesse" anderen genau dies zumuten. Leider muss man sagen, dass augenscheinlich auch manche Aktivisten der BI "Im Interesse Aller" weniger besorgt sind um die "Aller" als das Geschehen vor ihrer Haustür. In der ganzen Veranstaltung gab's kein einziges Argument gegen den auto-mobilen Wahnsinn.

Weitaus interessanter war deshalb z.B. die unwidersprochene Behauptung, dass die Celler Stadtverwaltung im April ihren Abteilungsleiter Verkehrsplanung zur Jahreshauptversammlung der GSV entsandte und dass der Lobbyist Jürgen Reinhardt im Rathaus kein Unbekannter ist. Daraus den Verdacht der Korruption abzuleiten, wie es der Referent für nötig hielt, war eigentlich überflüssig. Und - wie nicht anders zu erwarten - taten dann alle Anwesenden Verwaltungsleute unheimlich empört und "betroffen". Fakt bleibt: Man trifft sich häufiger mit Vertretern der Straßenbaulobby als etwa mit dem BUND, von wem man sich also "beraten" und letztlich vielleicht auch beeinflussen lässt, ist klar. Aber auch das ist nicht eigentlich überraschend: Der quasi natürliche Feind des Straßenbauers ist ja nicht der Beton, sondern die Kröte.

Die BI "Im Interesse Aller" ist sicherlich vor dem

Hintergrund des Klageverfahrens gut beraten, eine Westumgehung als Alternative ins Feld zu führen. Der penetrante Vortrag, dass man ja nicht gegen eine Orts-, sondern nur gegen die Ostumgehung sei, macht die BI letztlich für jene, die an Alternativen zur auto-mobilen Gesellschaft interessiert sind, eher unsympathisch. Ein Scheitern der Ostumgehung ist aber wesentlich auf die Klage dieser Initiative angewiesen.

Nachtrag: Die Stadt Celle stellte anschließend eine Strafanzeige gegen den Referenten, wobei im Artikel, den die CZ hierzu brachte (die Veranstaltung selbst war vorher keine

Zeile wert), unklar blieb, gegen welchen Straftatbestand Schulze verstoßen haben soll. Um zusätzlich Druck auf den Referenten, der beruflich als Polizeibeamter mit Wirtschaftskriminalität befasst sein soll, auszuüben, hat man bei der Bezirksregierung Lüneburg ein Disziplinarverfahren gegen ihn beantragt. "Same procedure as every year" - die Stadt Celle versucht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen und wird dabei wieder mal einen Rohrkrepieler erleben. Von Meinungsfreiheit hält man in Celles Verwaltungsspitze soviel wie zu Residenzstadt-Zeiten im 17. Jahrhundert.

rr.

Winser Großfamilie Ipek zerrissen

Sechsjähriger einziger Mann im Haus



So hat sich die 18-jährige Canan Karakas ihr Familienleben mit Mesut Ipek (23) und Töchterchen Dilara (13 Monate alt) nicht vorgestellt. Die Tochter eines Türkischen Gastarbeiters vergräbt ihr Gesicht hinter ihren Händen und schluchzt: Sie will unbedingt in die Türkei, obwohl sie mit dem Land eigentlich nichts zu schaffen hat. Aber der Grund, warum sie ans Schwarze Meer zu ihrem Großvater will, hat mit Nationalität oder dergleichen jedenfalls aus ihrer Sicht nichts zu tun. Es geht um Liebe, denn Karakas liebt Mesut Ipek, aber Mesut wurde am 29. Juli gegen 3 Uhr nachts, zusammen mit seinem 20-jährigen Bruder Hakan und seiner 18-jährigen Schwester Hülja von der Polizei aus dem gemeinsamen bewohnten Haus in der Waller Str. in Winsen abgeholt und in ein Flugzeug in die Türkei gesteckt. Dort hocken die abgeschobenen nun in der kleinen Wohnung des Großvaters seiner Frau, die Mesut Ipek vor zwei Jahren nach islamischen Recht geheiratet hat. Standesamtlich durften sie nicht in Deutschland heiraten.

Zurückgeblieben sind außer seiner Frau und seinem Kind auch die 40-jährige Mutter Leyla und seine sechs minderjährigen Geschwister. Der sechsjährige Ahmet ist jetzt der einzige Mann im großen Haus, denn sein 38-jähriger Vater Sevkat hat sich vor einigen Monaten von der Familie alleine in die Türkei abgesetzt. Das Familienleben war zuvor stark zerrüttet gewesen. Doch die jetzige Belastung ist noch größer.

Leyla Ipek und ihre Kinder sind derzeit in Deutschland relativ sicher vor einer Abschiebung. Ein Arzt hat der Mutter "posttraumatische Belastungsstörungen" attestiert. Damit sei sie nach Darstellung vom Kreis-Ordnungsamtsleiter Eckhard Ferg ein "Abschiebehindernis" und die Kinder genießen Schutz durch das Sorgerecht. Denkbar, so meinte Ferg, wäre eine Abschiebung, "wenn ein Gutachten in ein bis zwei Jahren

ausragt, das die posttraumatischen Belastungsstörungen nicht mehr relevant sind oder sich gebessert haben."

Mesut Ipek möchte so schnell wie möglich zurück nach Deutschland. Zunächst einmal wollte er aber seinen Bruder und seine Schwester "in Sicherheit bringen", wie er der CZ am Handy mitteilte, ehe das Gespräch abrupt beendet wurde. Die drei Ipeks leben mit sieben anderen Menschen in einer Dreizimmer-Wohnung in einem Bergdorf am Schwarzen Meer. Mesut Ipek plant, Canan Karakas so bald wie möglich nach türkischem Recht zu heiraten. Dann möchte er nach Deutschland zurückkehren. Dafür müßten die Geschwister die Abschiebekosten in Höhe von 3500 Euro pro Person zurückerstatten, sei ihm gesagt worden. Eine Arbeitsstelle habe er im Dicle-Center in Celles Neustadt in Aussicht. Auch seine Frau habe in Deutschland eine Anstellung in einem Restaurant gefunden. Karakas bekommt nach Fergs Angaben nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie einer Arbeit oder einer Ausbildung nachgeht.

Spendenkonto eingerichtet:

Hannelore Klement, die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt OV-Winsen hat mit der Sparkasse Celle vereinbart, auf das AWO-Konto unter dem Stichwort "Ipek" Spenden fließen zu lassen, die dazu dienen sollen, die Rechtsanwaltskosten in Deutschland zu decken und den drei in die Türkei abgeschobenen den Kontakt zu ihrer Familie in Deutschland zu ermöglichen.

Spenden können eingezahlt werden auf das Winser AWO-Konto mit der Nr. 59913590 bei der SPK Celle BLZ 25750001

MH

Hier geblieben – Recht auf Bleiberecht

Der Celler AK Ausländer machte Anfang Juli mit einer Straßenaktion und einer Veranstaltung auf die Bleiberechtskampagne von pro asyl und anderen Flüchtlingsinitiativen aufmerksam. Rund 200 Unterschriften konnten an einem Samstag-Vormittag unter dem Kampagnenaufruf gesammelt werden, mit etwa vierzig Interessierten war auch die darauffolgende Veranstaltung mit Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat gut besucht. Mit ihm führte revista im August ein Interview.

Worum geht es in der Bleiberechtskampagne von Pro Asyl, die von den Landesflüchtlingsräten, der Arbeiterwohlfahrt, dem Diakonischen Werk, dem Caritasverband, dem DPWV, den Kirchen, dem DGB und vielen anderen Initiativen unterstützt wird?

Die Kampagne hat zum Ziel, langjährig in Deutschland geduldeten Flüchtlingen endlich ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu verschaffen. Es geht uns dabei nicht um einzelne Flüchtlingsgruppen aus bestimmten Ländern. Es geht uns auch nicht um die Bewertung der Asylentscheidungen. Der Skandal liegt für uns in der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen, die schon jahrelang mit uns zusammen leben und dennoch als Menschen minderen Rechts und zweiter Klasse behandelt werden. Eine solche Behandlung von Menschen über Jahre ohne Aussicht auf Integration und gleiche Rechte ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig. Heiner Geißler hat die Situation der Betroffenen einmal treffend mit der Situation der Metöken und Sklaven des antiken Griechenland verglichen. Es scheint angemessen, in diesem Zusammenhang von einem strukturellen Rassismus zu sprechen. Diesen Zustand wollen wir ändern. Wer Integration ernsthaft anstrebt, muss diejenigen zum Ausgangspunkt nehmen, die sich faktisch in Deutschland aufhalten, und ihnen endlich gleiche Rechte und Lebenschancen einräumen. Dazu gehören ein sicheres Aufenthaltsrecht und Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen erreichen, dass alle Flüchtlinge frühzeitig in Integrationsmaßnahmen einbezogen werden und nach spätestens fünfjährigem Aufenthalt ein sicheres Aufenthaltsrecht mit allen sozialen Rechten erhalten.

Habt Ihr einen Überblick, wieviele Menschen in Niedersachsen "geduldet", also ohne sichere Aufenthaltsperspektive leben? Welche Flüchtlingsgruppen sind besonders betroffen?

Am 31.3.2003 befanden sich nach Auskunft des Bundesverwaltungsamts 26.038 Menschen mit einer "Duldung" in Niedersachsen. Bei fast der Hälfte (42%) handelt es sich um Flüchtlinge aus Jugoslawien. Weitere größere Gruppen von geduldeten Menschen kommen aus der Türkei, Syrien, Vietnam, dem Libanon, Bosnien-Herzegowina, Russland (Tschetschenien), dem Irak und Afghanistan.

Welchen besonderen Einschränkungen sind "geduldete Flüchtlinge" unterworfen?

Geduldeten Flüchtlinge haben kein Aufenthaltsrecht. Sie leben unter der permanenten Drohung einer möglicherweise kurzfristig drohenden Abschiebung. Eine Arbeitsstelle dürfen sie nur antreten, wenn keine deutsche oder Deutschen gleichgestellte Person für diese Stelle zur Verfügung steht. Das läuft für viele der Betroffene auf ein faktisches Arbeitsverbot hin.



aus. Lediglich in Randbereichen - z.B. als Küchenhelfer/in bei Mac Donalds, als Torfstecher oder Erntehelfer/in, in Döner-Buden oder Putzkolonnen haben die Betroffenen eine Chance - überall dort, wo die Arbeit hart und die Bezahlung schlecht ist. Besonders schlimm ist die Situation für jugendliche Schulabgänger und -gängerinnen, die in der Regel keine Ausbildung beginnen dürfen, weil sie dafür keine Arbeitserlaubnis erhalten. Ohne eigene Arbeit erhalten die Betroffenen Leistungen nach dem sog. "Asylbewerberleistungsgesetz", die z.T. weit unter der Sozialhilfe liegen und oft in Form von Sachleistungen und Gutscheinen gewährt werden. Sie erhalten weder Kindergeld noch Erziehungsgeld und nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung. Geduldete Flüchtlinge unterliegen der sog. "Residenzpflicht", d.h. sie müssen in der ihnen zugewiesenen Unterkunft leben und dürfen das Bundesland nicht ohne Erlaubnis verlassen.

Was ist eurer Einschätzung nach der Sinn dieser Diskriminierungen?

Erklärtermaßen dienen diese Lebensbedingungen der Abschreckung: Die Betroffenen sollen zermürbt und dazu genötigt werden, die Bundesrepublik "freiwillig" wieder zu verlassen. Dies ist den Betroffenen aber aufgrund fehlender Papiere und / oder fehlender Flugverbindungen oft gar nicht möglich.

Würde das aktuell im Gesetzgebungsverfahren befindliche sogenannte Zuwanderungsgesetz an dieser Situation etwas ändern?

Das Zuwanderungsgesetz will bei dem Personenkreis der Geduldeten differenzieren in diejenigen, die nach Auffassung der Politik nicht zurückkehren können und diejenigen, die angeblich selbst dafür verantwortlich sind, dass eine Rückkehr unterbleibt. Dabei unterscheidet sich die behördliche Sicht dessen, was zumutbar ist, vielfach von der Wahrnehmung der Betroffenen, die Angst vor einer Rückkehr haben oder sich aus unterschiedlichsten Gründen an einer Rückkehr gehindert sehen. Beispielsweise halten die Innenminister eine Rückkehr von Roma-Flüchtlingen in das Kosovo derzeit für möglich, während UNHCR und Menschenrechtsorganisationen im Hinblick auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen an ethnischen Minderheiten vor einer Rückkehr dieser Menschen in das Kosovo warnen. Nur für den relativ kleinen Teil derjenigen Geduldeten, die auch nach Auffassung der offiziellen Politik auf absehbare Zeit nicht zurückkehren können, soll es dem Zuwanderungsgesetz-Entwurf zufolge eine Aufenthaltsgenehmigung geben. Zugleich soll allerdings der Druck auf die überwiegende Mehrheit der Geduldeten verstärkt werden, die nach Auffassung der offiziellen Politik angeblich zurückkehren könnten: Durch Einweisung in sog. "Ausreisezentren", Leistungskürzungen auf das zum Lebensunterhalt "unerlässliche", rigide Kontrollen und Verhöre, ein absolutes Arbeitsverbot, eine strikte Beschränkung der Freizügigkeit und weitere Schikanen sollen die Betroffenen müde gemacht und aus dem Land gedrängt werden. Die bisherigen Erfahrungen mit derartigen "Ausreisezentren", wie wir sie in

Niedersachsen bereits seit über vier Jahren haben, sprechen dafür, dass nur ein geringer Teil der Betroffenen das Land tatsächlich verlässt. Rund die Hälfte hält dem Druck irgendwann nicht mehr Stand und taucht unter. Auch das wird jedoch vom niedersächsischen Innenministerium als Erfolg gefeiert, da die Betroffenen dann keine Sozialleistungen mehr erhalten. Wir halten diese Politik einer gezielten behördlichen Illegalisierung von Flüchtlingen für überaus gefährlich und unmenschlich.

Für welche Gruppen fordert die Kampagne das Bleiberecht?

Wir fordern ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die seit fünf Jahren im Bundesgebiet leben. Flüchtlingsfamilien mit Kindern sowie ältere, schwerkranke und behinderte Flüchtlinge sollen nach drei Jahren ein Aufenthaltsrecht bekommen. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge fordern wir ein Bleiberecht nach zweijährigem Aufenthalt. Traumatisierte Kriegsoffer und Opfer rassistischer Übergriffe sollen sofort ein Bleiberecht erhalten.

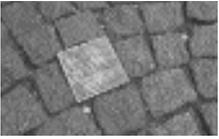
Was sind die nächsten Kampagnenschritte?

Gegenwärtig finden in vielen Städten und Kommunen Veranstaltungen zum Thema mit dem Ziel statt, eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problem zu erreichen. Am 04.10.2003 werden wir aus Anlass des "tag des Flüchtlings" eine zentrale Demonstration für ein Bleiberecht in Hannover durchführen. Ein weiterer Höhepunkt werden sicherlich die Proteste zur Innenministerkonferenz am 21.11.2003 in Jena darstellen.

In der Celler Veranstaltung schilderte auch eine Gruppe von Roma ihre Situation? Wie beurteilt ihr vom Flüchtlingsrat die Perspektiven dieser Gruppe?

Wir sind froh über die Aktivitäten der Roma-Selbstorganisationen, die schon seit Jahren ein Bleiberecht für sich fordern. Im Kosovo sind Roma nach wie vor existenziellen Gefahren in Form von Überfällen, Mordanschlägen und Vertreibungsaktionen ausgesetzt, aber auch im übrigen Jugoslawien finden Roma derzeit i.d.R. keine menschenwürdigen Lebensbedingungen vor. Die Perspektive der meisten dürfte ein Leben in den Roma-Ghettos rund um Belgrad sein, wo die Menschen unter unbeschreiblichen hygienischen und sozialen Bedingungen leben müssen. Nicht zuletzt aufgrund historischer Verantwortung für die Vergangenheit - eine halbe Million Sinti und Roma kamen in Nazideutschland ums Leben - unterstützen wir die Forderung nach einer allgemeinen Bleiberechtsregelung für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien. Aber machen wir uns nichts vor: Die Innenminister haben bereits zweimal bekräftigt, dass es eine separate Bleiberechtsregelung für Roma in Deutschland nicht geben wird, und die Bürgerrechtsbewegung ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht stark genug, um das Thema auf die Agenda zu setzen. Wir hoffen, dass es uns wenigstens gelingt, im Rahmen der Debatte um das Zuwanderungsgesetz eine allgemeine Bleiberechtsregelung durchzusetzen, von der dann auch Roma - Flüchtlinge profitieren können.

Stolpersteine



HIER WOHNTE / ROBERT / MEYER / JG. 1874 / DEPORTIERT 1943 / ERMORDET IN / AUSCHWITZ 1943

- so würde die Inschrift eines Stolpersteins lauten, den der Kölner Künstler Gunter Demnig noch in diesem Jahr vor dem Sparkassengebäude am Großen Plan verlegen möchte. Mit zehn mal zehn Zentimeter großen Steinen, versehen mit einer Messingtafel, in die mit Hammer und Schlagbuchstaben die Namen der von den Nazis deportierten Celler Juden eingestanzt wären, soll vor den ehemaligen Wohn- oder Geschäftshäusern der Deportierten und Ermordeten gedacht werden. Für die Umsetzung des Erinnerungsprojektes wirbt in Celle die "Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit". Sie hatte im Juli Gunter Demnig eingeladen, seine Stolpersteine in Celle vorzustellen.

Mit den Stolpersteinen will der 56-jährige Künstler die Erinnerung an die Verfolgten und Ermordeten des Nationalsozialismus in den Alltag holen; es sollen dezentrale "Gedenkstätten" entstehen. Die dahinterstehende erinnerungspolitische Konzeption beschreibt Demnig so: "Auf dem Stolperstein bekommt das Opfer seinen Namen wieder, jedes Opfer erhält einen eigenen Stein - seine Identität und sein Schicksal sind, soweit bekannt, ablesbar. Durch die persönliche Erinnerung an den Menschen, vor dem Haus, in dem er bis zur Deportation gewohnt hat, wird die Erinnerung ganz konkret in unseren Alltag geholt. Wobei jeder persönliche Stein wiederum auch die Gesamtheit der Opfer symbolisiert, denn alle eigentlich nötigen Steine kann man nicht verlegen. Meine Vorstellung war ja eigentlich, dass die Steine durch das Begehen immer wieder so richtig blank poliert werden und damit die Erinnerung jedesmal neu aufgefrischt wird. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es nicht überall auch so funktioniert: In kleineren Strassen treten die Leute nicht auf die STOLPERSTEINE. Womöglich taucht dabei der Gedanke an einen kleinen Grabstein auf, obwohl diese Assoziation nicht beabsichtigt war."

Im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern während der Verlegung der Steine stößt Demnig zumeist auf großes Interesse. Manchmal wissen ältere Anwohner ihm als Zeitzeugen sogar noch vom Schicksal der Familie zu berichten, die mal in ihrer Nachbarschaft lebte, bevor sie von den Nazis deportiert wurde. Neben zustimmender Resonanz gibt es auch ablehnende Reaktionen, die in der Regel den berühmten "Schlussstrich" gezogen haben wollen.

Gelegentlich gibt es auch negative Reaktionen seitens der Städte, bei denen jeweils eine Genehmigung einzuholen ist, denn das Trottoir ist öffentlicher Raum. Die Stadt Leipzig etwa wollte das Projekt nicht, weil es formal und inhaltlich Ähnlichkeit habe mit dem Hollywood Boulevard in L.A.. In

Kassel gab es Stimmen, die die symbolische Auswahl einzelner Häuser mit der Selektion an der Rampe in Auschwitz verglichen. In Köln wurde ein Stein entfernt, weil ein Hausbesitzer den Stein als Affront gegen seinen Besitz empfand und für sich die Gnade der späten Geburt reklamierte.

Die ersten Probeverlegungen machte Demnig 1996 in Köln, die Überwindung aller bürokratischen und parlamentarischen Hürden aber dauerte bis ins Jahr 2000. Seitdem ist die Zahl der Stolpersteine in Köln auf über 1200 gewachsen, die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung klappt und mittlerweile wird sogar bei Stadtrundfahrten auf das Projekt hingewiesen. Da die Stolpersteine inzwischen auch ein Medienthema sind, erreichen den Künstler viele Anfragen, zumeist von privaten Initiativen. Die Recherchen nach dem ehemaligen Wohnort und dem Weg der Ermordeten werden von Archiven und Museen durchgeführt. Gunter Demnig berichtet aber auch von interessanten Kooperationen mit Schulen: "In Berlin hat zum Beispiel eine Schülergruppe zur Erforschung der Einzelschicksale zusätzlich die Arisierungunterlagen in der Oberfinanzdirektion eingesehen und analysiert. Schüler zweier anderer Gymnasien erforschten in enger Zusammenarbeit mit einem Bürgerverein die Lebensschicksale von Deportierten und Ermordeten und organisierten Patenschaften für zahlreiche Stolpersteine."

In Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern hat der Künstler festgestellt, dass sie gerade die ganz persönliche Konfrontation und Auseinandersetzung mit den Lebensschicksalen gefangen nimmt. "Geschichte bleibt dadurch für sie nicht rein theoretisch, sondern ganz persönlich erfahr- und nachvollziehbar. Das sollte noch viel mehr geschehen."

Aber die Stolpersteine haben auch eine über das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hinausgehende Wirkung. "Ich habe die Erfahrung gemacht," sagt Gunter Demnig, "dass die Stolpersteine die Auseinandersetzung mit der Thematik Fremdenfeindlichkeit provozieren oder zumindest anregen. Mit dem Hass auf das 'anders' sein, das 'anders' aussehen hat es bei den Nationalsozialisten und Faschisten begonnen und die Tendenz zur Wiederholung droht in ganz Europa." Mittlerweile hat Demnig in etlichen Städten zwischen Flensburg und Freiburg rund 2500 Stolpersteine verlegt. Die "Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit" will jetzt einen Antrag an den Rat der Stadt stellen, um die Genehmigung des Projektes in Celle zu erreichen. Die Kosten für einen Stolperstein liegen zwischen 75 und 95 Euro; wer Patenschaften übernehmen will, kann sich bei Michael Stier (05141-55182) oder michael.stier@evlka.de melden.

Allgemeine Informationen findet mensch auch unter www.stolpersteine.com.

"... die Wahrheit im Lande sieht völlig anders aus."

Martin Biermann im Irak



Vom 20. bis 24. Mai 2003 besuchte Martin Biermann mit seinen Kollegen aus Bergen und Fallingbostal das in Celle stationierte 1. Royal Fusilier Regiment der britischen Armee im Irak.

Biermann verfasste einen Reisebericht, den er auf seiner Homepage veröffentlichte (www.martin-biermann.de).

Mit der Royal Airforce ging es zunächst nach Zypern, wo die Gruppe während eines Zwischenstopps im VIP-Raum "separiert" wurde. Der Weiterflug nach Kuwait bot das erste Highlight: "Auf dem Weg dorthin durfte ich zweimal in die Pilotenkanzel." Doch die Freude währte nicht lange, Saudi-Arabien zeigte sich "trotstlos. Nur Wüste...". Ein Blick von oben, das Urteil steht.

In Kuwait "traf uns allerdings der Schlag - 50° Außentemperatur." Ansonsten schien dort alles soweit in Ordnung, denn "Kuwait hat Geld", das allerdings auch nicht gegen alles hilft: "... trostlose Wüste, die absolut eben war und bis auf das Grün mehr Ostfriesländlich."

Der Kontrast, den die Gruppe an der irakischen Grenze erlebte, wird als gewaltig geschildert, von den Villen-Vororten Kuwaits zu den "armseligen Hütten" des Iraks, jedoch: "Überall [...] strahlende und freundliche Gesichter." Angesichts der Umstände, die er schildert, fragt sich Martin Biermann etwas weltfremd: "Wovon leben die Menschen hier eigentlich?" Das Ziel des ersten Tages war ein Camp der brit. Armee in der Nähe von Basra, das 1920 von den Briten errichtet und "erst" 1956 an den Irak übergeben worden war: "Der Zustand des Camps so wie es jetzt von den Irakern hinterlassen worden war, war desaströs. [...] Niemand von uns hatte sich die Lebensverhältnisse [...] so bescheiden vorgestellt. Da lebten die Soldaten nun fast schon 2 Monate unter unvorstellbaren Bedingungen. Wir nehmen allen Mut zusammen, um die Fassung zu bewahren." [sic!]

Das Abendessen war dann aber ausgezeichnet, denn die "Briten fliegen alles ein". Zu der Trostlosigkeit der Wüste kam in der folgenden Nacht noch die Hitze, die die Gruppe kaum schlafen ließ. Die Hitze und die Lebensbedingungen der Europäer in der Fremde sind ein roter Faden, der sich durch den ganzen Bericht zieht. Man leidet ...

In Basra entdeckte Biermann fast keine Zerstörungen, fachmännisch urteilt er: "Offensichtlich haben die Briten und Amerikaner exzellente Arbeit geleistet, denn es wurden nur strategisch wichtige Ziele getroffen." Hier traf Biermann die Soldaten aus Celle, von denen "lediglich" drei beim Angriff auf Basra ums Leben kamen, zwei von ihnen durch "friendly fire". Trotz der "chirurgischen" Kriegsführung zeigte sich die

Lage in Basra katastrophal, doch dies sei, nach Angaben des brit. Militärs, den Irakern zuzuschreiben, die Lage bessere sich jetzt allmählich. Informationen der Briten werden nicht hinterfragt.

Obwohl auch die Soldaten "primitivst inmitten der Armut" untergebracht sind, wurde die Reisegruppe überall mit einem "freundlichen guten Tag" empfangen, und nichts kann die Truppen hindern, "ihren friedensstiftenden Job" auszuüben.

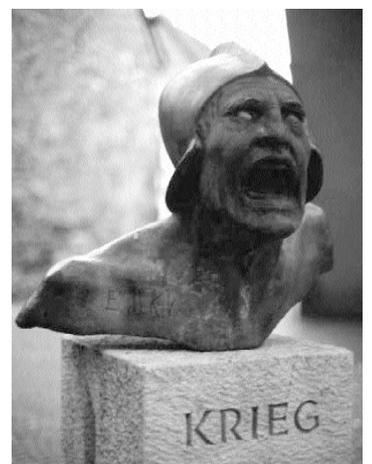
Die weiteren Schilderungen Biermanns sind eine Mischung aus 1001 Nacht, Anflügen von Bewunderung militärischer Leistungen und immer wieder: die Iraker alleine seien Schuld an ihrer Situation, doch jetzt werde endlich alles besser, und alle sind Amerikanern und Briten dankbar. Es gibt zwar nichts zu essen, die Stimmung ist aber gut, und unter manchem schwarzen "Shadow" [sic!] schaut schon mal "farbenfrohe[r] Stoff" hervor, die Kinder sind "immer farbenfroh herausgeputzt". Alles wird gut ...

Martin Biermann zieht ein Fazit seiner Reise. Sein Vertrauen in die Medien, das aus "eigener leidvoller Erfahrung noch nie sehr ausgeprägt war, hat [...] durch diese Reise weiter stark gelitten. Fast alles von dem was vorausgesagt worden ist, ist nicht eingetreten." Deshalb höre man jetzt auch kaum noch etwas, denn die Kritiker rängen "noch immer um ihre Fassung".

Medienschelte: hundert Tausende von Toten, Umweltkatastrophe, Millionen von Flüchtlingen, Häuserkampf - "Nichts von dem ist eingetreten, die Wahrheit im Lande sieht völlig anders aus." Biermann war in einem Land, "dessen Menschen die neue Freiheit sichtlich genießen, [...] ein Land das in wenigen Jahren an der Schwelle des Wohlstands für alle stehen kann." Er sollte froh sein, dass es anders kam.

Dies führt zum Fazit über Martin Biermanns Reisebericht:

Er kennt die Wahrheit! In den letzten rund 40 Jahren hat sich in Wissenschaft und Literatur immer mehr die Sichtweise des "postkolonialen Blicks" durchgesetzt. Biermann zeigt sich hier von dieser Entwicklung völlig uneindrückt, er zeigt das Gegenteil, den "kolonialen Blick". Mit der vermeintlichen Überlegenheit des Europäers urteilt er nach westlichen Maßstäben über



eine Gesellschaft, die sich nicht nach diesen messen lässt. Ein Blick von oben, hier reicht schon der aus dem Flugzeug, ist genug, um die Situation einschätzen zu können. Allwissender kolonialer Blick.

Dem Irak wird immer wieder als positives Beispiel Kuwait gegenübergestellt, das als recht europäisch geschildert wird. Europäische Werte sollen also die einzig erstrebenswerten sein, eine andere Lebensweise scheint unvorstellbar. Die Sicht ist von Klischees und Vorurteilen getrübt, regionale Besonderheiten werden nicht wahrgenommen.

Es geht nicht darum, die Situation im Irak, gestern oder heute, schön oder schlecht zu reden, doch ist eine differenziertere und modernere Sichtweise angebracht.

Neben einigen "literarischen" Ausbrüchen sei noch erwähnt, dass, so Biermann, sogar Frauen "fantastische

Arbeit" beim Militär leisten, die "Größen des Iraks" und sogar eine ganze Stadt "von ihren Denkmälern gestürzt wurden" und Schlangen vorm Krankenhaus warten.

TW

Literatur:

Biermann, Martin: Reise mit der britischen Armee auf deren Einladung vom 20. bis 24. Mai 2003 nach Basra in den Irak zum Besuch des 1. Royal Fusilier [sic!] Regiments, das in Celle in der Hohen Wende stationiert ist. 2003.

(<http://www.webdesign-biedermann.de/kunden/mb/themen/dokumente/1054819971.pdf>)

Lützeler, Paul Michael (Hg.): Der postkoloniale Blick. Deutsche Schriftsteller berichten aus der Dritten Welt. Frankfurt/M. 1997.

Lars Seidensticker jammert . . .

Lars Seidensticker, ehemaliges Mitglied der Republikaner, schreibt derzeit linke Gruppen an, die seinen Namen auf ihren Webseiten erwähnen oder die Links zu Webseiten gesetzt haben, auf denen sein Name genannt wird. In einem Schreiben jammert er: "(...) ich habe berechtigte Angst, meinen Arbeitsplatz zu verlieren, wenn diese Links im Kollegenkreis rumgehen!!! (...) ich (bin) verheiratet, habe drei Kinder und vor kurzem habe ich ein Haus gekauft. Sie können sich vorstellen, dass ich das nicht alles aufs Spiel setzen möchte."

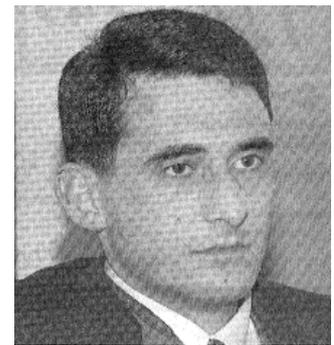
Ziemlich armselig für jemanden, der in seiner aktiven Zeit bei den Republikaner als Scharfmacher galt. 1996 wurde er in den Gemeinderat Hambühren und in den Celler Kreistag gewählt.

In Hambühren sorgte er mit seiner Forderung nach einer Bürgerwehr, die Reizgas oder Schreckschusspistolen zur Selbstverteidigung tragen sollte, für Wirbel (CZ 03.04.1997).

Im Kreistag sorgte er mehrfach für Aufsehen. In der Celler Zeitung vom 17.12.1997 heißt es dazu: "Für einen Eklat sorgte der Republikaner-Abgeordnete Lars Seidensticker mit fremdenfeindlichen Äußerungen, die von Politikern sämtlicher anderer Kreistagsfraktionen als "rassistisch", "nationalistisch" und "dumm" auf das Schärfste verurteilt wurden."

Im Juli 1999 kehrte Seidensticker den REPs dann aus "persönlichen Gründen" den Rücken, behielt aber seine Sitze in den Kommunalparlamenten. Eine inhaltliche Distanzierung gab er nicht ab.

"Ich schmeiße Sie gleich raus" meinte Hambührens Bürgermeister Dickel während einer Gemeinderatsitzung im November 1999 zu Lars Seidensticker, als dieser die rechte These: "die polnischen Verbrechen (seien) bis heute ungesühnt" vertrat (CZ 06.11.1999).



Lars Seidensticker 1998

Und auch bis heute scheint er sich nicht weit von seinem rechten Gedankengut entfernt zu haben. In einem Leserbrief in der "Preußische Allgemeine Zeitung - Das Ostpreußenblatt" dem Organ der Landsmannschaft Ostpreußen vom 26.04.2003 schreibt er: "Mitglied der LO und Leser dieser Zeitung bin ich, weil ich der Meinung bin, daß die Thematisierung der Vertreibung und aller damit in Zusammenhang stehenden Spätfolgen ein Anliegen aller Deutschen sein sollte."

Interessant wäre es noch zu erfahren, ob Seidensticker sich nicht erblödete und beim Bundeswahlleiter nachgefragt hat, ob seine Direktkandidatur für die Republikaner im Wahlkreis 46, Helmstedt - Wolfsburg zur Bundestagswahl 1998 auf dessen Internetseite gelöscht werden könnte.

Dieter Kurz



Aus für Förderschule

Nachdem die SPD am Ende ihrer Regierungszeit den Erhalt der Förderschule des Landes für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Form eines "Zentrum für Deutsch als Zweitsprache" zugesichert hatte, hat die neue CDU-Landesregierung auch dieser Konzeption eine Absage erteilt. Konsequenz: Die in Celle angesiedelte Einrichtung wird endgültig geschlossen. Die Förderschule war Ende der 1950er Jahre gegründet worden, um die Integrationsvoraussetzungen für jugendliche Spätaussiedler, die in aller Regel kaum über Deutschkenntnisse verfügen, zu verbessern.

Frauenfreund Hedrich

In einer Pressemitteilung hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hedrich (Celle/Uelzen) für die Beteiligung von irakischen Frauen am politischen Wiederaufbau des Landes eingesetzt. Hedrich forderte, 50 Prozent aller Posten mit Frauen zu besetzen: "Während sich in Deutschland eine Frauenquote als überflüssig erwiesen hat, ist sie im Aufbau beim Irak unverzichtbar." Die Bundesregierung soll darauf nach Auffassung Hedrichs z.B. bei der Entwicklungshilfe auf die Einhaltung dieser Forderung hinwirken. - Verständlich wird das Anliegen Hedrichs nur vor dem Hintergrund, dass in Deutschland mittlerweile 68,5 % aller Bundestagsmandate von Frauen besetzt sind, wobei die CDU-Fraktion auf einen Frauenanteil von sogar 77,8 % kommt. In den Führungspositionen in Wissenschaft und Wirtschaft sieht es noch besser aus: Auf 91,2 % der deutschen Uni-Lehrstühle sitzen Frauen, in den Aufsichtsräten der 100 größten



Deutschen Unternehmen ist der Frauenanteil 92 %, in den Vorständen sogar 99 %. Oder halt. Nein, es ist genau andersrum. Aber Männer sind ja, wie Hedrich geradezu personifiziert, eh die besseren Frauen - weshalb sich eben in Deutschland eine Frauenquote als überflüssig erwiesen hat.

Jugend- und Sozialamt weiter städtisch

Anfang Juli teilte OB Biermann mit, dass die diskutierte Rückgabe des Jugend- und des Sozialamtes an den Landkreis endgültig vom Tisch sei. Die Prüfung habe ergeben, dass eine Zusammenlegung keine Synergieeffekte hervorbringe. Die Entscheidung wurde von den MitarbeiterInnen der Celler Ämter begrüßt.

"Freedom of the City" Rat ehrt britische Irak-Krieger

Der Stadtrat hat im Juli den in Celle stationierten britischen Truppen eine besondere Ehre zuteil werden lassen. Das erste Bataillon des Royal Regiment of Fusiliers kann sich künftig mit dem Privileg "Freedom of the City" (Recht des freien Zutritts) schmücken. Diese auf britische Tradition bezogene Auszeichnung gibt der Einheit das Recht, "ohne besondere sonst einzuholende Erlaubnis mit klingendem Spiel und aufgeplantem Bajonett in geschlossener Formation durch die Stadt zu ziehen." Das Royal Regiment of Fusiliers gehört zu den Truppen, die im Irak-Krieg die Hafenstadt Basra eingenommen und besetzt haben. Zuletzt war Soldaten der Einheit vorgeworfen worden, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Für die Parteien war die Beteiligung der Briten an einem völkerrechtswidrigen Krieg kein Hindernis, einzig die kleine bündnisgrüne Fraktion stimmte gegen die Ehrung. Die SPD-Fraktion hatte während des Krieges noch eine Resolution eingebracht, die im Kontext

der "Cities for Peace"-Kampagne den Rat aufforderte, den "Präventivschlag der USA und ihrer Verbündeter" zu verurteilen. Celles Oberbürgermeister Martin Biermann (CDU) widersetzte sich seinerzeit einer Befassung des Antrags, da der Rat seiner Auffassung nach für außenpolitische Angelegenheiten nicht zuständig sei. Er selbst wiederum hatte sich im Mai auf Einladung der britischen Armee zu einer Stippvisite nach Basra fliegen lassen.

Die antiquierte Auszeichnung hatte die Stadt Celle zuvor bereits zweimal an britische Einheiten verliehen. Das bis vor wenigen Jahren in Celle stationierte 94. Royal Locating Regiment machte bis zu seinem Abzug 1984 einige Male von dem verliehenen Recht Gebrauch und marschierte mit aufgesetztem Bajonett durch die Celler Altstadt.

Celle fast Spitze: Bei der Quote der Sozialhilfeempfänger

Über 5100 Menschen - oder 7,1 Prozent der Bevölkerung - in Celle sind auf Sozialhilfe angewiesen. Damit liegt Celle auf Platz 4 der niedersächsischen Städte. Nur Delmenhorst (7,6 %), Hannover (7,4 %) und Salzgitter (7,2 %) haben eine höhere Quote; im niedersächsischen Durchschnitt müssen 3,9 % der Bevölkerung von Sozialhilfe leben. Als beunruhigend empfindet man in der Celler Stadtverwaltung dabei den mit 40 % besonders hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen unter den Sozialhilfeempfängern. Wobei allerdings, glaubt mensch der CZ, weniger die Armut als das "Konfliktpotenzial" die Beunruhigung auslöst. Deshalb sollte sich auch niemand über den Lösungsvorschlag des Fachgebietsleiters für Haushalt, Rechnungswesen und Controlling beim Celler Sozialamt, Dirk Nothdurft, wundern. Er schlägt vor, die Stadt solle Bauplätze für junge Familien schaffen. Das hilft zwar nicht den SozialhilfeempfängerInnen, weil sich mit rund 300 Euro im Monat kaum jemand zum Bauherrn mausert. Aber - so die zwingende Logik des Experten - die

LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Quote sinkt. Wenn junge Familien mit Kohle nach Celle zuziehen, verringert sich fast automatisch der Anteil jener Kinder an der Gesamtpopulation, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. So erzielt man in Celle Erfolge in der Armutsbekämpfung.

ZAG macht PSA

Im Juli nahm die erste Personal-Service-Agentur (PSA) in Celle ihre Arbeit auf. Den Zuschlag für gewerbliche und technische Berufe erhielt nach einer Ausschreibung des Arbeitsamtes die Leiharbeitsfirma ZAG, die zu diesem Zweck eine ZAG PSA partnership GmbH gründete. Die PSA soll Arbeitslose als Leiharbeiter vermitteln, die Rede ist von rund 50 Leuten, die die ZAG künftig "im Angebot" hat. Offiziell ist das Ziel, die Arbeitslosen in feste Jobs zu vermitteln - inoffiziell ist allen klar, das es darum geht die Leiharbeitsquote in Deutschland zu erhöhen, die im Vergleich zu anderen Ländern eher gering ist. Für die kaufmännischen Berufe ging der Zuschlag an die Firma Matwerk.



Die CZ macht Kommunalpolitik Celler Verkehrspolitik dreht sich im Kreis

Die Schuhstraße soll wieder für den einspurigen Autoverkehr Richtung Kanzleistraße geöffnet werden. Gegen den Willen der großen Mehrheit der ansässigen Geschäftsleute, 46 von 50 sind dagegen, und gegen die große Mehrheit der BewohnerInnen will OB

Biermann diesen Plan umsetzen. Vorausgegangen war eine von der Celleschen Zeitung initiierte Kampagne, die Konsequenzen aus dem Leerstand von Innenstadtgeschäften verlangte. Nachdem praktisch keins der Projekte, die in der sogenannten Leitbild-Diskussion von den teilnehmenden BürgerInnen vorgeschlagen wurden, umgesetzt wird, ist's mal wieder der Verkehr, der an allem Schuld sein soll. Zunächst wollte die CDU Stadtkirche und Rathaus wieder umfahrbar machen; doch dieser Rathaus-Kreisel ist jetzt vom Tisch. Biermann präsentierte die "große" Lösung ("verkehrliches Gesamtkonzept") - die nur ein Witz anderer Art ist. Warum sollen sich Autofahrer im Schritttempo durch die Schuhstraße bewegen: Shopping direkt vom heruntergekurbelten Seitenfenster aus wird's kaum geben, der heißersehnte Parkplatz direkt vor dem Laden wird auch nur selten zu haben sein. Mit Schützenplatz und Parkhaus Nordwall hat die Schuhstraße im übrigen wohl die beste Parkplatzsituation in der Altstadt überhaupt. Man muss also eigentlich etwas anderes hinter diesem geschäftigen Unsinn vermuten. Nur was? Dafür sind, wie hinter den Kulissen zu hören ist, Karstadt, Dettmar & Müller, Warg und Betten Gerloff. Hier scheint man der Auffassung zu sein, dass die Innenstadt mittlerweile schlicht zuviel Verkaufsfläche hat und die Schuhstraße deshalb zu einem Randbereich degradieren werden müsse, dessen vorrangiger Nutzen in der Bereitstellung von Parkfläche besteht. - Unklar ist, was die CZ und ihren lokalen Chef, Volker Franke, umtreibt, sich derart massiv für die geplante Änderung einzusetzen. Eine Initiative aus Anliegern und Geschäftsinhabern will diesen verkehrten Planungen einen Strich durch die Rechnung machen. Ein Bürgerbegehren ist eingeleitet. Bei 6000 Unterschriften müsste die Stadt einen Bürgerentscheid durchführen. Der Initiative (www.celleschuhstrasse.de) ist ein Erfolg zu wünschen, denn: Die Öffnung eines Bereichs der Fußgängerzone für Autos wäre letztlich auch ein Stück aus dem neoliberalen Tollhaus, das Menschen nur noch als (allzeitkaufbereite)

Konsumenten und (niedrigentlohnte) Knechte will.

Füstenhof fast pleite

Die Celler Residenz Hotels GmbH&CoKG, zu der neben dem Fürstenhof auch der Celler Hof, das Hotel Borchers, das Hotel Blumlage und das Hotel Nordwall gehört, hat im Juni Insolvenz angemeldet. Als Hintergrund wurden Millionenverluste angegeben, die das von Celle aus betriebene und zuletzt verkaufte Berliner Gourmet-Restaurant "Margaux" am Brandenburger Tor eingefahren habe. Das Insolvenzverfahren soll für den laufenden Betrieb und die Mitarbeiter der Hotelkette keine Einschränkungen bringen. Imagewerbung für die angeschlagene GmbH und sein "Flaggschiff", den Fürstenhof und seine Gastronomie, machen seitdem mehr oder weniger Prominente. Darunter auch einige goldene Freunde der Grafen von Hardenberg, denen die Hotelkette gehört.

Vergesslicher Ex-General Kliemansegg rechnet auf

Die Deutschen nutzen zunehmend Jahrestage des verlorenen Kriegs, um sich als Opfer zu gerieren. Jüngst nahm der in Winsen lebende Ex-Bundeswehrgeneral und hohe NATO-Offizier Hanno Graf von Kielmansegg den 60. Jahrestag der Zerstörung Hamburgs zum Anlass, um darauf hinzuweisen, dass die anderen angefangen haben. In seinem Leserbrief an die CZ musste der kundige Krieger dabei zwar unterschlagen, dass und wie Deutschland Guernica auslöschte, dass der Zweite Weltkrieg bekanntlich am 1.9.1939 begann und dass die deutsche Luftwaffe beim Überfall auf Polen Warschau mit einem Bombenteppich bis dahin ungekannten Ausmaßes beglückte. Doch ansonsten stimmt es: "Die ersten Angriffe auf Deutschland erfolg-

LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

ten bereits im Mai 1940 (Mönchengladbach), bevor die deutschen Luftangriffe auf England begannen". Und so zählt der Herr Graf denn auch den britischen Bombenkrieg "zu den großen Kriegsverbrechen", die "im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Kriegsverbrechen ... nie gesühnt" worden seien. Selbstverständlich ging - "bezogen auf die Plötzlichkeit und die Kürze der Zeit" - die "größte Massenvernichtung" von den Briten aus: eben der Angriff auf Hamburg, dessen Jahrestag Kielmansegg zu seinem geschichtsrevisionistischen Leserbrief veranlasste. Was will mensch aber auch von einem erwarten, der der rechtsextremistischen Zeitschrift "Junge Freiheit" ein Interview gegeben und einen Aufruf der rechtsextremen Sekte "BüSo" (Bürgerrechtsbewegung Solidarität) unterschrieben hat.

235 Entlassungen bei Rheinmetall

Die Firma Rheinmetall hat angekündigt zum Jahresende 235 ihrer 1200 MitarbeiterInnen rauszuschmeißen. Grund seien die fehlenden Aufträge der Bundeswehr. Verknüpft war diese verkündete Mitteilung mit der Botschaft, dass bei einem weiteren Rückgang des Umsatzes gar die Schließung des Standortes Unterlüß bevorstehe. Betroffen ist vor allem die Konzernsparte "W+M" (Waffen und Munition), die im Jahr 2002 noch 10,6 Millionen Euro Gewinn verzeichnete. Seit die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgerüstet wird, gerät der Rheinmetall-Konzern leicht ins Hintertreffen, weil das Standbein in der Panzerproduktion und -munition nicht mehr so gefragt ist. Für die Bundeswehr ist halt erstmal die Frage zu lösen, wie sie überhaupt ihre Kettenfahrzeuge in alle Teile der Welt bekommt.

Der CDU-Bundestagabgeordnete Hedrich sieht die Schuldigen im Verteidigungsministerium, das durch Streichungen und Verschiebungen von geplanten Beschaffungen für die Arbeitsplatzkrise bei Rheinmetall ver-

antwortlich sei. Der Celler OB Biermann machte einen "genialen" Vorschlag zur Krisenlösung: Er forderte die Autobahnerschließung des nordöstlichen Kreises von Hannover über Celle, Unterlüß, Uelzen, Dannenberg und Ludwigslust an die A24 beim Dreieck Schwerin. Nur bei einer guten verkehrlichen Anbindung würden sich andere Wirtschaftszweige in Unterlüß ansiedeln.

Keine Ostumgehung im Namen aller

Diese Forderung stand in Schwarz auf roten Transparenten, mit denen einen guten Vormittag lang im Sommer ein über der Harburger Straße angebrachtes Transparent der Stadt Celle verdeckt wurde. Die Stadt hatte im Juni die vier Ortseingangsstraßen mit der Losung "Celler fordern die Ortsumgehung", versehen - ein Spaß, der den städtischen Haushalt mit immerhin 3000 Euro belastete. - Beim Versuch dreier Umweltaktivisten im September, das Transparent über der Harburger Straße mit Bolzenschneidern zu kappen und zu entsorgen, wurden die bei der Arbeit erwischt; von zweien konnten die Personalien aufgenommen werden.

Was Generäle nicht vergessen Schützenfest als nationale Gedenkschule

Wenn in Celles Schützenzelten alljährlich die "Rede auf Heimat und Vaterland" gehalten wird, können wir mit Sicherheit einige grunzreaktionäre Schmankerln erwarten. Dieses Jahr durfte mit Ex-General Adalbert von der Recke mal wieder ein blaublütiger Krieger ans Mikrofon. Fünf Geschehnisse der vergangenen 75 Jahre, ließ uns der Hobby-Historiker wissen, seien "in besonderem Maße Wert, nicht vergessen zu werden": die systematische Vernichtung der Juden in Auschwitz, die Konferenz von Jalta, die Erschießung der Verschwörer des 20.

Juli, der Untergang Dresdens und die Vertreibung der Deutschen im Anschluss an den Krieg. In der beliebten deutschen Selbstbesinnung - waren wir nun Opfer oder Täter - ein klares 4:1 für unser Opfer-Sein, übrigens wohl auch ein Tauglichkeitsnachweis für von der Reckes Pensionärs-Ehrenamt: Er ist nds. Landesvorsitzender des Volksbundes.

Ostumgehung - keine Kohle

Nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Hedrich hat die Bundesregierung keine große Neigung, die Ostumgehung noch in den diesjährigen Straßenbauplan aufzunehmen. Auf eine entsprechende Anfrage erhielt er als Antwort: "Im Rahmen der Finanzierungs- und Bauprogrammbesprechung im Herbst mit dem Land Niedersachsen wird zu erörtern sein, zu welchem Zeitpunkt die Ortsumgehung im Haushalt eingeplant werden kann."

Ordnungsamt als Schnäppchen

Für nur 215000 Euro ist das seit einigen Jahren leerstehende Gebäude des ehemaligen Ordnungsamtes jetzt verkauft worden. Damit haben die von der Stadt nicht genannten Käufer nicht mal einen einigermaßen vernünftigen Grundstückspreis zahlen müssen (2400 m²), auch was die Investoren mit dem Gebäude vorhaben wurde nicht mitgeteilt.

Süschendorf-Prozess OLG-Celle will Verurteilung wegen Nötigung

In der Revision im Strafverfahren gegen vier der fünf AtomkraftgegnerInnen, die sich im März 2001 im Rahmen der Proteste gegen den Castortransport ins

Atom-müll-Zwischenlager Gorleben in Süschendorf im Gleisbett festbetoniert hatten, will das Celler Oberlandesgericht eine Verurteilung wegen Nötigung. Wegen "Störung öffentlicher Betriebe" nach § 316 b StGB waren Arno K., Alexander G., Sascha B. und Mihai D. vom Amtsgericht Lüneburg jeweils zu Geldstrafen von 35 Tagessätzen verurteilt worden. Die Anklage wegen Nötigung allerdings war eingestellt worden. Im Februar diesen Jahres hatte das Landgericht Lüneburg dieses Urteil im Berufungsverfahren bestätigt. Staatsanwaltschaft und Angeklagte waren in Revision gegangen. Das Celler Oberlandesgericht stellte sich in der Revisionsverhandlung am 12. August hinter die Auffassung der Staatsanwaltschaft, wonach erneut eine Befassung mit dem Straftatbestand der Nötigung zu erfolgen hat.

Die Verteidigung der Angeklagten setzte sich dagegen mit ihrer Auffassung, dass der Tatbestand des § 316 b StGB (Störung öffentlicher Betriebe) nicht erfüllt sei, da kein geschützter öffentlicher Betrieb im Sinne der Vorschrift gestört worden wäre, nicht durch. Die Revision wurde abgewiesen. Was die Celler OLG-Richter allerdings auch noch störte, war, dass alle vier Angeklagten zu gleich hohen Geldstrafen verurteilt worden seien, was in einem Fall nicht mit der erfolgten Begründung, in einem anderen nicht mit der bisherigen Unbescholtenheit eines der Angeklagten in Übereinstimmung zu bringen sei. Was hier zu leichten Korrekturen der Geldstrafen nach unten führen dürfte, wird wahrscheinlich nicht das ausgleichen, was die Justiz nach Auffassung der Celler OLG jetzt wegen Nötigung draufpacken muss.

Einer der Angeklagten machte in seinem Schlusswort deutlich, dass es sich bei der Aktion um eine Form des gewaltfreien Widerstands gegen eine lebensfeindliche Technologie gehandelt habe, die vom Staat mit allen Mitteln geschützt wird. Nicht die Atomkraftgegner seien verantwortungslos und undemokratisch, sondern die Atomwirtschaft und der sie fördernde Staat.

Im Gerichtssaal anwesende AKW-Gegnerinnen und Gegner zeigten sich wenig überrascht darüber, dass das Gericht rückhaltlos die Interessen der Atomwirtschaft vertrat. Mit einem Transparent hatten sie aber schon vor Beginn der Verhandlung klar gemacht: "Wir sind am Zug. Castor stoppen." - Gegen die mit dem OLG-Spruch rechtskräftig gewordene Verurteilung wegen "Störung öffentlicher Betriebe" wollen die AKW-Gegner Verfassungsbeschwerde einlegen.

Naturschutzstiftung Bock zum Gärtner

Der Celler NABU hat jüngst mit einer ihm zugefallenen Erbschaft eine Naturschutzstiftung ins Leben gerufen. Dem Stiftungsrat gehören mit OB Biermann und Landrat Wiswe zwei ausgemachte Ostumgebungsbefürworter an. Hier hat der NABU im besten Sinne des Wortes also die Böcke zu Gärtnern gemacht.

Heimstiftung Verkauf statt Konkurs

Die Celler Heimstiftung, die die Alten- und Pflegeheime Hehlentorstift und St. Annen betreibt, soll verkauft werden. Nachdem bei Renovierungsmaßnahmen eine Deckungslücke in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags entstanden war, stand die Heimstiftung scheinbar vor dem Konkurs. Das "Trägerwerk soziale Dienste" (TSW) mit Sitz in Weimar will die Heimstiftung übernehmen. Es betreibt - vorwiegend in den Ländern der ehemaligen DDR - 161 Einrichtungen mit rund 1400 Mitarbeitern. Gert-Wilhelm Gonell, Vorstandsvorsitzender der Heimstiftung, versicherte, dass der Investor alle vertraglichen Verpflichtungen der Heimstiftung übernehmen will. Dennoch befürchten die MitarbeiterInnen, dass am Ende bei ihnen "gespart" wird. Die SPD forderte auch personelle Konsequenzen.

Gemeint ist die Sozialdezernentin Maier-Knapp-Herbst, die als ehemalige Vorsitzende der Heimstiftung für die Millionenverluste verantwortlich sein soll. - Das ebenfalls an der Übernahme der Heimstiftung interessierte Unternehmen Burchard Führer aus Adelheidsdorf kritisierte in einer öffentlichen Intervention das konkurrierende Unternehmen als ungeeignet, weil es bisher nur in der Jugend- und Behindertenarbeit aktiv gewesen sei und kaum als seriöser Sanierer von Altenheimen auftreten könne.

Millionengrab UNION

Die Verluste der Congress Union lagen in jedem der letzten fünf Jahre bei über einer Million Euro, das sind rund 3000 Euro am Tag. Das Prestigeprojekt der Celler CDU erweist sich, wie von Kritikern von Beginn an angemerkt, als wahres Millionengrab. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen wurde jetzt gestreut, dass die Celler Vereine, denen bei der Saalnutzung bisher Sonderkonditionen eingeräumt wurden, im nächsten Jahr in voller Höhe zur Kasse gebeten werden sollen. Ein Tropfen auf den heißen Stein. - Auch andere städtische Gesellschaften wie die "Tourismusregion Celle" (456.000 Euro / 2002) und die "CD Kaserne" (443.000 Euro / 2002) kosten die Stadt erhebliche Summen. Hier soll künftig die Zusammenarbeit unter den Gesellschaften der Stadt koordiniert werden, um zum Beispiel bei gemeinsamen Beschaffungen oder internen Kreditvergaben Kosten zu senken.



Bei langer Arbeitslosigkeit wird Absturz in die Armut zur Regel



Falsche, aber hartnäckige Legenden

In der Debatte über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe tritt neben den von Regierung, Arbeitgebern, CDU/CSU und FDP propagierten Gemeinheiten auch eine erstaunliche Unkenntnis über das geltende Arbeitslosenrecht zutage.

Selbst seriöse Medien befragen allen Ernstes ihr Publikum, ob Arbeitslose künftig schlechtere, weniger Qualifikation fordernde Jobs annehmen sollten. In Wirklichkeit stellt sich die Frage schon lange nicht mehr. Seit 1997 ist der „Berufsschutz“ im Arbeitslosenrecht aufgehoben. Paragraph 121 des „Sozialgesetzbuchs (SGB) III“ besagt kurz und brutal: „Einem Arbeitslosen sind alle seiner Arbeitsfähigkeit entsprechenden Beschäftigungen zumutbar.“ Im gleichen Paragraph, Absatz 5, heißt es zur Bekräftigung: „Eine Beschäftigung ist nicht schon des halb unzumutbar, weil sie befristet ist, vorübergehend eine getrennte Haushaltsführung erfordert oder nicht zum Kreis der Beschäftigungen gehört, für die der Arbeitnehmer ausgebildet ist oder die er bisher ausgeübt hat.“ Ähnlich unseriös ist die Frage, ob Arbeitslosen bei Verweigerung eines zumutbaren Jobs das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen werden soll. Auch das ist längst Praxis. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, bekommt sofort eine Sperrzeit - in der Regel 12 Wochen - und in dieser Zeit keinen Cent.

Auch die Frage, ob Arbeitslose Einkommensenkungen hinnehmen sollen, ist schon lange entschieden. Paragraph 121 SGB III besagt: In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit sind bis 20 Prozent niedrigere Einkommen „zumutbar“, in den nächsten drei Monaten bis zu 30 Prozent Einkommensverlust. Danach sind alle Jobs mit Einkommen in Höhe des Arbeitslosengelds (60 bzw. 67% vom alten Netto) oder der Arbeitslosenhilfe (53 bzw. 57 %) zumutbar. Wer solche Jobs ablehnt, kriegt eine Sperrzeit von 12 Wochen, im Wiederholungsfall gibt's gar kein Geld mehr.

All das und viel mehr ist schon seit Jahren in Kraft. Geändert an der hohen Arbeitslosigkeit hat das bis heute nichts. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter - während der Lebensstandard von Arbeitslosen, zumal von Langzeitarbeitslosen, weiter sank.

Wiederholungstäter

Im Grunde ist die den Plänen der Regierung zugrunde liegende Philosophie - mehr Druck auf Arbeitslose hilft beim Abbau von Arbeitslosigkeit - seit Jahren widerlegt. Trotzdem wird sie erneut aufgetischt - in einer bislang nicht gekannten Brutalität.

Über den Kreis der Betroffenen heißt es in dem seit Mitte August vorliegenden Entwurf des sog. „Hartz-4“-Gesetzes: "Insgesamt werden - Stand: September 2002 - rund 2,1 Millionen Haushalte mit rund 4,3 Millionen Personen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts haben." (Seite 91). Diese 4,3 Millionen Menschen sollen künftig auf Sozialhilfeniveau leben - zusätzlich zu den mehr als eine Million SozialhilfeempfängerInnen, die aus Altersgründen, wegen dauernder Erkrankung oder aus anderen Gründen auch in Zukunft als „nicht erwerbsfähig“ eingestuft sind und deshalb ohnehin weiter auf Sozialhilfeniveau leben.

Was der Regierungsentwurf verschweigt: Etwa eine Million Menschen, die bisher Arbeitslosenhilfe bezogen, wird aufgrund der schärferen „Bedürftigkeitsregeln“ des ALG II künftig gar kein Geld mehr erhalten. Opfer dieser Ausgrenzung von öffentlichen Leistungen werden vor allem Frauen, deren Partner normal verdient.

3,9 Milliarden Euro will die Regierung durch die Umstellung von Arbeitslosenhilfe auf ALG II jährlich „einsparen“. Umgerechnet auf die derzeit ca. 1,6 Millionen Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe heißt das: „Pro Kopf“ werden 2.400 Euro im Jahr weniger ausgezahlt. 80 Prozent aller Bezieher von Arbeitslosenhilfe werden mit dem neuen ALG II schlechter dastehen als vorher.

Alle Arbeit wird zumutbar, auch Zwangsarbeit

Bisher galten für Arbeitslose die geschilderten „Zumutbarkeitsregeln“. Für BezieherInnen von ALG II sollen dagegen künftig alle Schranken fallen. In § 2 des Regierungsentwurfs heißt es unmissverständlich: „Erwerbsfähige Hilfsbedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen haben in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten.“ In § 10 („Zumutbarkeit“) heißt es noch einmal: „Dem

erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist jede Arbeit zumutbar." Bisher galt: Zumutbar sind nur tariflich oder „ortsüblich“ bezahlte Jobs, wenn die Bezahlung nicht schlechter ist als das bezogene Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Diese Schranke fällt nun weg. Selbst schlechtest bezahlte Billigjobs sind in Zukunft zumutbar.

Ausdrücklich nennt der Entwurf auch die sog. „gemeinnützige Arbeit“ (sprich: Zwangsarbeit), die bisher gegen SozialhilfebezieherInnen verhängt werden durfte. Sie droht nun allen BezieherInnen von ALG II. „Während der gemeinnützigen Arbeit erhält der erwerbsfähige Hilfebedürftige weiterhin das Arbeitslosengeld II zuzüglich einer Entschädigung für Mehraufwendungen“, heißt es auf Seite 113. Zur Vermeidung von offenen Verstößen gegen internationale Konventionen, die Zwangsarbeit verbieten, heißt es im nächsten Satz: „In diesem Fall wird ein Arbeitsverhältnis nicht begründet.“

Selbst Onkel und Tanten werden herangezogen

Bevor irgendwer aber das künftige ALG II erhält, schreibt der Gesetzentwurf wie bisher schon bei Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine „Bedürftigkeitsprüfung“ vor. Wer mehr als 200 Euro pro Lebensjahr gespart hat, gilt als „nicht bedürftig“ und bekommt keinen Cent! Bei

einem 40-jährigen Arbeitslosen reicht so ein „Vermögen“ von 8.200 Euro (Sparbuch, Girokonto plus z.B. Lebensversicherung), um zu dem Bescheid zu führen: „Sie haben keinen Anspruch auf ALG II! Verbrauchen Sie Ihr Vermögen und melden sich dann wieder!“

Ähnlich rigide ist die Anrechnung von sog.



„Partnereinkommen“. Wer in einer Ehe oder „eheähnlichen Gemeinschaft“ (sprich: WG) lebt, dem wird alles Einkommen des Partners bzw. der Partnerin, das oberhalb des Sozialhilfeniveaus liegt, vom ALG II abgezogen. Im Ergebnis erhalten so vor allem Frauen, deren Partner ein „normales“ Einkommen bezieht, oft gar kein ALG II.

Selbst Onkel und Tanten werden, wenn sie in derselben Wohnung leben, zur „Einkommensanrechnung“ herangezogen. § 9, Absatz 4 des Gesetzentwurfs schreibt vor: „Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen erhalten.“

Insgesamt dürften durch diese beiden „Bedürftigkeitsprüfungen“ in Zukunft etwa 50 Prozent aller Arbeitslosen nach Ablauf des Arbeitslosengelds überhaupt kein ALG II erhalten und damit aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen.

Noch eine perfide Neuerung: Bisher galt die Zeit, in der Arbeitslose Arbeit suchten, auch dann als „Anwartschaftszeit“ für die spätere Rente, wenn sie keine Arbeitslosenhilfe bekamen. Das wird nun gestrichen. Wer kein ALG II erhält, für den gibt's auch keine Rentenanwartschaft - selbst wenn der oder die Betroffene ständig Arbeit sucht. Noch ein Beitrag zur Ausbreitung von Altersarmut...

ALG II als Darlehen, Umzug nur nach Genehmigung

Die übrigen 50 Prozent bekommen ALG II - auf Sozialhilfeniveau. § 20 des Gesetzentwurfs legt fest: „Die monatliche Regelleistung beträgt für Personen, die alleinstehend oder alleinerziehend sind, in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) 297 Euro, in den neuen Bundesländern 285 Euro.“ Für „einmalige Bedarfe“ (z.B. einen neuen Kühlschrank) gibt's analog zum Sozialhilferecht zusätzlich eine monatliche Pauschale von „16 vom Hundert der maßgebenden Regelleistung“ (§ 23), umgerechnet 45 bis 48 Euro. Diese kolossale Mehrzahlung soll verwendet werden für „Instandsetzung von Bekleidung, Wäsche und Schuhen, Beschaffung von Brennstoffen für Einzelheizungen, Beschaffung von Lernmitteln für Schüler, Instandsetzung von Hausrat in nicht kleinem Umfang, Instandhaltung der Wohnung sowie für Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Lebensdauer und höherem Anschaffungswert“ (ebenda), sprich: für Luxusgüter jeder Art.

Damit das Lotterleben der Arbeitslosen nicht überhand nimmt, haben die Beamten des Wirtschaftsministeriums aber noch ein paar Sperren eingebaut. Was ist zum Beispiel, wenn die Mehrbedarfspauschale nicht reicht für den neuen Kühlschrank? Dann, so § 23, „ist der erwerbsfähige Hilfebedürftige auf das Vermögen zu verweisen. Soweit dieses Vermögen im Einzelfall nicht oder nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung steht, erbringt die Agentur für Arbeit bei entsprechendem Nachweis den einmaligen Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung in Form eines Darlehens.“ Mit anderen Worten: Die Bundesanstalt kauft gebrauchte Kühlschränke („hierbei besteht grundsätzlich kein Anspruch auf fabrikneue Gegenstände“, so auf Seite 120 des Entwurfs)

oder leiht ihnen Geld für solche Anschaffungen. Im letzteren Fall ist der „Mehrbedarfszuschlag“ von 45 oder 48 Euro im Monat rasch wieder auf die Hälfte gestrichen, denn: „Das Darlehen wird durch monatliche Aufrechnung in Höhe von 50 vom Hundert der Pauschale getilgt.“ 297 Euro plus halber Zuschlag, zusammen ca. 320 Euro, sollen dann zum Leben reichen.

Der Einfall, bei Menschen in Not selbst so minimale Beträge wie die Mehrbedarfspauschale noch zur Tilgung von Krediten heranzuziehen, ist eine von vielen Gemeinheiten in dem Gesetzentwurf.

Die Beamten aus dem Hause Clement haben aber noch mehr Einfälle. Zum Beispiel sollen BezieherInnen von ALG II nur noch umziehen dürfen, wenn sie eine Genehmigung erhalten haben. § 22 schreibt vor: „Vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft soll der erwerbsfähige Hilfebedürftige die Einwilligung der Agentur für Arbeit zu den Aufwendungen für die neue Unterkunft einholen; die Agentur für Arbeit ist nur zur Zustimmung verpflichtet, wenn der Umzug erforderlich ist und die Aufwendungen für die neue Unterkunft angemessen sind.“

Schärfer als das geltende Sozialhilferecht sind die Regelungen für die Übernahme von Mietschulden. Bisher hatten Sozialhilfebezieher Anspruch auf die Übernahme von Mietschulden, um zu vermeiden, dass sie obdachlos werden. Diese Regelung wird im Entwurf ausdrücklich nicht übernommen. Wörtlich heißt es auf Seite 115/116, dass „keine Schulden des Hilfebedürftigen übernommen werden. Dies gilt - insoweit im Gegensatz zur Sozialhilfe - auch für die Übernahme von Mietschulden im Fall der Räumungsklage, wenn hierdurch Wohnungslosigkeit verhindert oder beseitigt werden kann.“ In Zukunft sollen solche Schulden nur „darlehensweise“ übernommen werden und nur in Fällen, „in denen der aufgrund von Mietschulden drohende Verlust der Wohnung die Aufnahme einer konkreten Beschäftigung verhindern würde“. Wer also keinen Aussicht auf einen Job hat, dem hilft das Amt auch nicht gegen drohende Obdachlosigkeit.

Auch Mehrkosten für Kranke werden seltener übernommen. Für Diabetiker z.B. räumt das Sozialhilferecht einen Mehrbedarf wegen höherer Ernährungskosten ein. Das neue ALG II ist auch da schärfer: Laut § 21 des Entwurfs gibt's nur dann einen Zuschlag, wenn „der Bedarf an kostenaufwändiger Ernährung einen Betrag von 50 vom Hundert der Regelleistung übersteigt“. Mit anderen Worten: Nur wer einen Mehrbedarf für Ernährung von über 143 bzw. 149 Euro im Monat nachweist, bekommt künftig einen Zuschlag.

Selbst die neuen „Kinderzuschläge“ gibt's nur befristet und für einen kleinen Teil von Familien. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund hatten darauf hingewiesen, dass durch das geplante ALG II die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder von 1 Million auf etwa 1,5 Millionen ansteigen werde. Die Regierung hatte sich dagegen mit dem Hinweis verteidigt, sie plane einen „Kinderzuschlag“ von monatlich 140 Euro. Was sie dabei verschwiegen hat: Im neuen § 6a des Bundeskindergeldgesetzes heißt es: „Der Gesamtkindergeldzuschlag wird längstens für 36 Monate gezahlt. „ Nach 3 Jahren Kinderzuschlag ist also Schluss mit lustig.

Ohnehin wird der Zuschlag nur an Familien gezahlt, die

bis knapp über Sozialhilfeniveau leben. Der DGB geht davon aus, dass nur ca. 150.000 Kinder in den „Genuss“ der neuen Zahlung kommen.

Als „Pluspunkt“ ihrer Reform streicht die Regierung auch die Einbeziehung der Sozialhilfebezieher/innen in die Sozialversicherungen, vor allem die Rentenversicherung, heraus. Tatsächlich zahlt die Agentur für ALG-II-Bezieher künftig monatlich nur 78 Euro an die gesetzliche Rentenversicherung. Das entspricht dem Beitrag für einen Monatsverdienst von 400 Euro. Mit anderen Worten: Rentenrechtlich werden ALG-II-Bezieher den Minijobbern gleichgestellt. Pro Jahr, so der DGB, beläuft sich so die „Rentenanwartschaft“ auf 5,60Euro im Monat.

Erben müssen ALG II zurückzahlen!

Eine Gemeinheit besonderer Güte haben sich die Beamten auch einfallen lassen für den Fall, dass BezieherInnen von ALG II sterben. In dem Fall tritt das Arbeitsamt nämlich an die Erben der Verstorbenen heran und verlangt das vor dem Tod gezahlte ALG II zurück! Wörtlich heißt es in § 35: „Der Erbe eines Empfängers von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist der Agentur für Arbeit zum Ersatz der Leistungen verpflichtet, soweit sie innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall erbracht worden sind.“

Ähnlich rigide soll die Agentur künftig mit Unterhaltsansprüchen umgehen. Alle Unterhaltsansprüche gegen Eltern und Kindern müssen künftig bei Antragstellung an die „Agentur für Arbeit“ abgetreten werden. Die verklagt dann Kinder und Eltern.

Da sage noch jemand, diese Regierung sei auf dem Gebiet der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung nicht einfallreich! Den Reichen alles lassen, den Armen alles nehmen - das neue ALG II macht's möglich!

Bei Störrigkeit: Abzüge bis 40 Prozent oder Lebensmittelgutscheine

Vielfalt und Einfallsreichtum zeichnen den Gesetzentwurf auch auf den Gebieten aus, wo es um Strafen gegen widerborstige ALG-II-Bezieher geht. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, wer nicht pünktlich zum Termin beim Arbeitsamt erscheint, wer angebliche „Qualifizierungsmaßnahmen“ - und seien sie auch noch so unsinnig - verweigert, dem drohen in Zukunft sofort 30 Prozent Abzüge, im Wiederholungsfall sogar 40 Prozent. Netto müssen solche Menschen dann mit weniger als 200 Euro im Monat auskommen (plus Warmmiete). Dass der Mensch von 200 Euro im Monat nicht leben und nicht sterben kann, wissen die Verfasser des Gesetzes auch. Und wieder haben sie vorgebaut: „Bei einer Minderung der Regelleistung um mehr als 30 Prozent kann die Agentur für Arbeit in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen, insbesondere in Form von Lebensmittelgutscheinen, erbringen.“ (Seite 30) Da sage noch jemand, deutsche Beamte denken nicht an alles!

Kahlschlag gegen Arbeitslose und massiver Druck auf Beschäftigte

„Die Agenda 2010 ist der massivste sozialpolitische Kahlschlag seit Bestehen der Bundesrepublik“, hat die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Barbara Stolterfoht, kritisiert. Sie hat Recht. Wobei sich schon abzeichnet, dass die von der Regierung erhoffte „Wende am Arbeitsmarkt“ nicht eintreten wird. Wirtschaftsinstitute kündigen für nächstes Jahr zwar etwas Wachstum an, aber ohne Arbeitsmarkteffekt. Mit anderen Worten: Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter steigen. Damit und mit der auch in den anderen Agenda-Gesetzen betriebenen sozialen Ausgrenzung tritt an Stelle des von der Regierung behaupteten „Job-Effekts“ ein anderer Effekt, der „Drehtür-Effekt“, die Ersetzung von tariflichen, regulären Jobs durch Billigjobs jeder Art. Die tariflich gesicherte Normalarbeit gerät noch mehr ins Rutschen.

Entsolidarisierung

Der „Rückbau des Sozialstaates“ ,wie die rot-grüne Regierung diesen Abbau sozialer Bürgerrechte scheinheilig nennt, macht die gesamte Gesellschaft hierarchischer, unsolidarischer, autoritärer. Arbeit wird für wachsende Teile der Bevölkerung wieder zu ungeschützter Zwangsarbeit. Trotzdem trifft das Hartz-4-Gesetz - wie die gesamte „Agenda 2010“ - nicht alle gleichermaßen. Das Gesetz wirkt spaltend. Für Unternehmen ist die Botschaft klar. Ihre Abzugslast sinkt. Für abhängig Beschäftigte dagegen lautet das Angebot der Regierung: weniger Abzugslast gegen weniger soziale Sicherheit. Beschäftigte, die sich in ihrem Job sicher fühlen, die jung und gesund sind, lockt die Senkung der Abzugslast. Allen anderen - vor allem in Gebieten mit ohnehin hoher Arbeitslosigkeit- droht in Zukunft dauerhaft mehr Unsicherheit und mehr Armut.

aus: PB 18/2003

Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag! Bundesweite Demonstration am 1. November nach Berlin!

Es reicht!



Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheits"reform". Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens-

und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg.

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Arbeitslosen zu Sozialhilfebezieher/innen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe.

Das Hartz Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus.

Für Zahnersatz und Krankengeld sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind geplant. Wir sollen 20 Mrd. mehr zahlen.

Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen!

Den Unternehmensverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind.

Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. in die Kassen der Unternehmen.

Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. auf ihren Konten.

"Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Arbeitslosen in Höhe von 6 Mrd. wird finanziert.

Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu "Strukturanpassungen", Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern. In Frankreich und Österreich hat diese Politik große Proteste und Streiks ausgelöst. Auch wir dürfen diese dreisten Angriffe nicht länger hinnehmen.

Ob Arbeiter/innen, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Frauen, Flüchtlinge, Jugendliche oder Rentner/innen - wir dürfen uns nicht spalten lassen und müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen.

Wir lehnen alle Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung ab, ob unter dem Namen, Agenda 2010, Rürup, Hartz und Gesundheitsreform.

Wir fordern umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und hohen Vermögen zur Finanzierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse!

Wir rufen auf:

Baut örtliche und regionale Initiativen und Bündnisse gegen den Sozialabbau auf! Organisiert am Montag, 20.10., regionale Aktionstage in Betrieben und Städten!

**Auf zur bundesweiten Demonstration
am 1.11. in Berlin!**

Castor-Festspiele 2003

Wir sind am Zug!

Voraussichtlich startet am 10.11.2003 ein Castor-Transport aus der französischen WAA LA Hague nach Gorleben. Revista fragte ein Mitglied des Celler Forums gegen Atomenergie, wie sich der Widerstand auf die diesjährigen Castor-Festspiele vorbereitet.



Wie sicher ist es, dass der Transport in der zweiten Novemberwoche kommt?

Es deuten so viele Anzeichen darauf hin, dass man an den Wertbörsen dafür keine hohe Quote mehr erwarten kann.

Bleiben wir mal im "Festspiel"-Bild. Auf was darf sich die interessierte Öffentlichkeit dieses Jahr freuen?

Im wesentlichen wohl aufs bewährte. So sind wieder 16000 schlecht gelaunte, grün kostümierte Statisten eingepplant; als Akteure werden wir rund 4000 Menschen erleben - die meisten erfahren im "Festspiel"-Alltag, aber hoffentlich auch viele frische Kräfte. Und auch für die Hauptbühne direkt an der Schiene wird es unverbrauchte DarstellerInnen geben. Aber im Ernst: Es geht für die Anti-AKW-Bewegung darum, in dieser einen Woche die Kritik an der Atomenergie in die Bevölkerung zu vermitteln. Und da ist's wichtig, das Spektakel, zu dem die Medien den Widerstand zu machen versuchen, zu nutzen, aber auch zu konterkarieren, was heißt, deutlich zu machen, dass ein kein Spiel ist.

Gibt es schon eine konkrete Aktionsplanung?

Am klassischen Rahmen wird festgehalten. Die Auftaktkundgebung findet am Samstag vor dem Transport, also wahrscheinlich am 8.11.2003 statt - wie man hört in Dannenberg. Aus Celle hoffen wir, wieder genug TeilnehmerInnen zu mobilisieren, um mit einem Bus fahren zu können. Von der BI-Lüchow-Dannenberg, X-Tausendmal-Quer und anderen Gruppen werden dann bis zum Eintreffen des Transportes verschiedene Aktionen im Wendland initiiert. Und dann wird man sehen, wo es diesmal gelingt, den Transport - zumindest kurzfristig - zum Halten zu bringen. Am Aufwand, den die andere Seite betreibt, sieht man, wieviel symbolischen Wert auch Atomwirtschaft und Bundesregierung dem Transport zumessen.

Was plant ihr für Celle?

Wir sind große Freunde der Idee, das "Festivalgelände" auszudehnen. Im letzten Jahr

hatten wir ja in Garßen ein "Anti-AKW-Dorf" gegründet. Diesmal wollen wir uns zentraler im Stadtgebiet breit machen. D.h., am Montag soll eine Dauermahnwache mit Mini-Camp-Charakter eingerichtet werden, bis der Atommülltransport Celle durchfahren hat oder klar ist, dass er nicht durch Celle kommt. - Dann gibt's, ein bisschen auch von uns angeschoben, die erste mobile Bahn-Demo der Bundesrepublik. Am Samstag, den 25.10.2003, werden sich einige hundert AKW-GegnerInnen in Kleingruppen im Streckennetz der Bahn ein "Schönes Wochenende" machen und in den Zügen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen werben. Dazu gibt's eine website (www.wirsindamzug.de), auf der alles nähere zu erfahren ist.

Wie wirkt sich eigentlich die "Atomkonsens"-Verdummung auf eure Aktivitäten aus?

Das war schon ein geschickter Schachzug der Atomlobby, die Bestandsgarantie für AKWs als "Ausstieg" zu verkleiden. Atomenergie ist kaum mehr ein Thema. Gerade die völlig ungelöste Endlagerfrage ist aber ein Aspekt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Der sogenannte Atomausstieg bewirkt letztlich, dass noch einmal soviel Atommüll produziert wird, wie in den bisherigen 30 Jahren kommerzieller Atomwirtschaft angefallen ist. Und das Risiko eines GAUs in Deutschland hat sich seit dem Atomkonsens nicht um ein Promille verringert, sondern steigt mit jedem Tag, den die AKWs betrieben werden.





The Big Stick - Die USA als Megamacht?

Schon vor Ausbruch des Irak-Krieges war das Buch "The Big Stick" von Arno Klönne und Werner Biermann fertig. Das er kommen mußte, war ihnen klar: Denn die amerikanischen Quellen, auf die sie die Analysen und Thesen ihres Buches stützen - Regierungserklärungen, strategische Papiere und meinungsbildende

Zeitschriften -, ließen eine andere Prognose schlicht nicht zu. Damit wären wir gleich bei der Stärke des kleinen bei PapyRossa erschienenen Bandes. Die beiden Autoren beschreiben die US-Doktrin und die damit verbundenen Ziele auf Basis der vorhandenen originalen amerikanischen Quellen. Angesichts der Kaffeesatzleserei, die vielfach die politischen Kommentare der deutschen Medien dominiert, lohnt es sich, das hervorzuheben. Der zweite Vorteil ist, dass ihnen der Zustand der diversen Männerfreundschaften, die die Chefs der G8-Staaten pflegen, egal ist. Ihr analytischer Ansatz ist im wesentlichen historisch-materialistisch - old school, wenn man so will.

Ihre Kernthese ist: Auf Grundlage ihres militärischen Potenzials sind die USA unter der Bush-Administration dazu übergegangen, sich unter Missachtung des Völkerrechts zu ermächtigen, Angriffskriege gegen Staaten zu führen, die sie selbst als gefährlich oder bedrohlich definieren. Das Vorgehen gegen Afghanistan und den Irak sind die ersten Exempel dieses >preemptive strike<; und mit der Benennung der >Achse des Bösen< hat Bush auch dem Iran und Nordkorea mit einem Präventivschlag oder Präventivkrieg gedroht. Das ist - gerade auch unter dem Gesichtspunkt, dass die USA hierbei kaum noch Wert auf Bündnisse (z.B. NATO) legen - neu.

Aber Biermann (Jg. 1948) und Klönne (Jg. 1931) sind in der Lage, diese strategische Bestimmung im Zusammenhang US-amerikanischer Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren, die eben zu keinem Zeitpunkt eine friedfertige war. Mehr als 25 Länder wurden seit 1945 von ihr mit Bombenangriffen überzogen, mehr als vierzigmal haben die USA versucht, ihnen mißliebige Regierungen anderer Staaten zu stürzen und mehr als dreißigmal Widerstands- oder Befreiungsbewegungen zu zerschlagen. Neben ihren militärischen Mitteln waren es immer wieder auch "Verdeckte Operationen im Gewaltmarkt", so eine Kapitelüberschrift, mit denen z.B. in afrikanischen Ländern oder Südamerika für US-amerikanische Interessen geputscht, gemordet und korrumpiert wurde.

Immer geht es darum, die Kontrolle der Weltökonomie im Interesse der USA zu gewährleisten. In Konkurrenz zu den starken Ökonomien in Europa und Japan setzen die USA, so

die These von Biermann und Klönne, dabei vor allem auf ihre globale Militärpräsenz, denn hier sind die Vereinigten Staaten turmhoch überlegen. Sie betreiben ein weltweites Netzwerk von Militärbasen, dessen wenige Lücken mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak gefüllt wurden. Der militärisch-industrielle Komplex der USA ist wichtigster Profiteur dieses globalen Militarismus; aber selbstverständlich geht es um die Kontrolle der Rohstoffzonen und - vermittelt - um die Dominanz des Dollars in der Weltwirtschaft.

Die Schwächen der US-Außenpolitik im Sinne der Herstellung einer ihren Interessen nutzenden Stabilität wird an den politischen Strategien und Optionen im Nahen Osten und gegenüber Nordkorea und China erörtert, wobei die Autoren vor allem Konzeptionslosigkeit am Werke sehen. So geht z.B. die wachsende Bedeutung eines fundamentalistischen Islamismus ihrer Auffassung nach zu Teilen auch auf das Konto einer US-Politik, die nie ein Interesse an demokratischen Prozessen in dieser Region gezeigt hat.

Der schwächere Teil des Buches besteht in jenen Teilen, wo die Autoren die "Megamacht USA" gewissermaßen auf den Prüfstand stellen. Ihre These lautet: Zwar verfüge die USA derzeit über ein konkurrenzloses, global einsetzbares Vernichtungspotenzial, ob die US-Militärmaschinerie aber tatsächlich - wie es die Doktrin suggeriere - auf unterschiedlichen regionalen Schauplätzen parallel bewaffnete Auseinandersetzungen bestehen könnte, sei nicht erwiesen. Leider bleibt vieles, das Biermann/Klönne dazu schreiben auf der Ebene von Annahmen. Und dabei wird's dann manchmal gar skurril. So soll z.B. die Einsatzfähigkeit des US-Militärs darunter leiden, dass die Hälfte der männlichen US-Bevölkerung übergewichtig ist. Oder es wird gemutmaßt, dass die Risikobereitschaft der überproportional von Afro Americans gestellten Mannschaftsgrade angesichts der Diskriminierungen, die diese Bevölkerungsgruppe in den USA erfahre, nicht so groß sein könne. Soziologisch, psychologisch, politisch, waffentechnisch und ökonomisch führen die beiden Autoren eine Vielzahl von ähnlichen Argumenten an, die letztlich ein Fragezeichen hinter der "Megamacht" rechtfertigen sollen. Einzig einleuchtend scheint mir, dass diese ursprünglich auch auf die ökonomische Überlegenheit der USA gebaut war, die EU und Japan hier aber mittlerweile fast ebenbürtig sind. Nur leider beziehen Biermann/Klönne die sich verändernde Politik Deutschlands und der EU, die aus ihrer Junior-Partner-Rolle aussteigen und einen eigenständigen, auch militärisch gestützte Imperialismus forcieren, kaum in ihre Überlegungen ein. In der Einleitung immerhin verweisen sie auf Schröders Maxime von einer >notwendigen Enttabuisierung des Militärischen< und die militärischen Vorstöße Deutschlands auf geopolitischem Terrain (z.B. beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien).

Das Buch ist in großen Teilen informativ und in den Thesen zur imperialen Strategie der USA lesenswert. Leider hakt es gerade da, wo die beiden Soziologen aus den inneren Konflikten und Widersprüchen in der US-amerikanischen

Literatur

Gesellschaft mögliche Bruchstellen der "Megamacht" herleiten wollen. Sie vernachlässigen dabei - meine ich - die integrative Wirkung jeder nationalistisch aufgeladenen Aggression genauso wie die vielleicht nicht ganz unwahrscheinliche Möglichkeit, dass auch nochmal größere Teile der

US-Bevölkerung am mörderischen Plündern profitieren.

Werner Biermann/Arno Klönne: The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus - die USA als Weltmacht? PapyRossa Verlag, Köln 2003, 270 Seiten, 15,50 Euro. RR.

RADIKAL GLOBAL Bausteine für eine internationalistische Linke



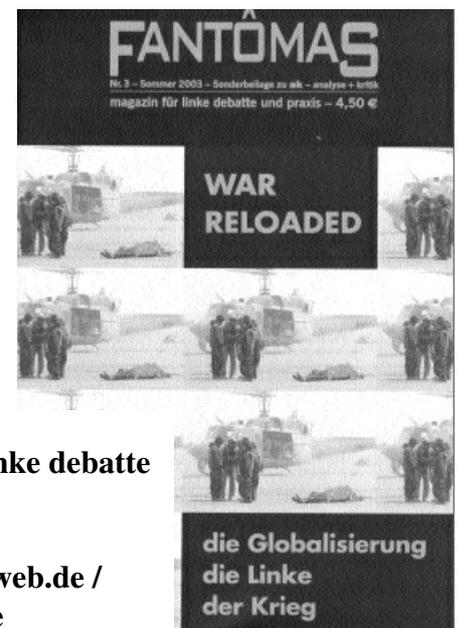
Titel wie auch Untertitel des jetzt bei association A erschienenen Bandes zeigen an, dass es mal nicht um die neue Strömung rund um attac geht. Und überraschenderweise unterscheidet sich auch die Herangehensweise der AutorInnen im Umfeld der Bundeskoordination Internationalismus an die Phänomene des entfesselten Neoliberalismus erheblich von jener der attac-Größen. Ein Motto des Debattenbandes könnte auch das

zappatistische "Fragend gehen wir voran" sein. Nach dem Scheitern vieler aus der Revolte von 1968 hervorgegangenen Bewegungen kann es, wie Dario Azzellini formuliert, aktuell nur darum gehen, "politische Alternativen mit eigenen Mitteln und eine Aneignungsbewegung von unten zu entwickeln", wobei aber auch "der Kampf gegen das Bestehende geführt werden" muss. Der Band gliedert sich in sechs thematische Felder. Eingeleitet wird er mit einer e-mail-Diskussion zum Zapatismus, der auch für die Metropolenlinke wichtige Impulse gebracht hat - z.B. die Ablehnung der Staatsmacht als zentralem Vehikel sozialer Veränderung. Im zweiten Block geht es um den Gebrauchswert radikaler Kritik, die wie die Autoren meinen, die Formen von Politik (z.B. NGOs) in Frage zu stellen und Anknüpfungspunkte an Alltagspraxen zu suchen hat (z.B. soziale Zentren in Italien). Thomas Seibert von medico international diskutiert ausgehend von einer Kritik der Strömungen der deutschen Linken, die Möglichkeiten einer in die Bewegungen intervenierenden Linken. Dass Ökologie und Geschlechterverhältnisse, die altbekannten "Neben"-widersprüche, wieder ins Blickfeld der Linken kommen müssen, machen die Beiträge von Christoph Görg und Arianne Brensell und Katharina Pühl deutlich. "Krieg und Frieden in der neuen Weltordnung" ist die Überschrift zum dritten Kapitel. Ausgehend von der These, dass Krieg und Ausnahmezustand zum Normalzustand zu werden drohen, kritisieren die Aufsätze, wie sich z.B. "Linke", NGOs und Frauengruppen unter Verweis auf die Opfergruppen auf die Seite imperialistischer Aggressionen stellen. Mit Antiamerikanismus als dem "Antiimperialismus der dummen Kerls" und den Argumentationslinien linker Kriegsbefürworter setzen sich zwei weitere Beiträge ausein-

ander. Ein Highlight des Buches ist das Kapitel über "Antirassismus - Migration - Sicherheitsgesetze". Neben einer hochinteressanten Reflexion über die antirassistischen Kampagnen der letzten Jahre (Martin Rapp), diskutieren drei Kanak Attac Aktivisten die Möglichkeiten der MigrantInnen, den Kampf für ihre Rechte offensiv zu organisieren. Schließlich gibt's eine wichtige Kritik an den neuen Anti-Terror-Gesetzen. Ein bisschen zu akademisch finde ich die beiden Artikel zur Fragestellung "Imperialismus oder Empire", aber das mögen Leute, die sich mit Interesse durch Negri/Hardt gelesen haben, anders sehen. Das letzte Kapitel widmet sich "Israel, Palästina und die deutsche Linke" und beinhaltet zum einen eine "Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke" (Jörg Später), zum anderen einen nachdenklichen Essay von Hanno Loewy.

Die Beiträge des Debattenbandes spiegeln den Diskussionsstand der deutschen Linken. Da ist viel Produktives, eine Aufbruchstimmung zu verbreiten, hüten sich die meisten Autoren trotz Seattle und Genua. Die da schreiben sind größtenteils in den 1960er Jahren geboren und haben sich - im Unterschied zu dem, was mensch von manchen "Älteren" kennt - einem sehr "akademischen Diskurs" verschrieben. Das tut nicht jedem Aufsatz gut, zumal viele Interessierte eben daran scheitern werden.

BUKO (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Association A - Berlin, Hamburg, Göttingen 2003, 271 Seiten, 16 . RR.

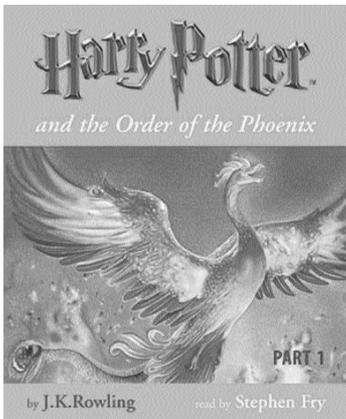


**Fantomas -
magazin für linke debatte
und kritik
4,50 Euro
fantomas@akweb.de /
www.akweb.de**

Literatur

Die Liga des Phönix

"Sich gegen seine Feinde zu stellen..."



...verlangt Einiges an Mut; genauso viel Mut erfordert es aber, seinen Freunden entgegenzutreten." So lässt Joanne Kathleen Rowling in Band I der Harry-Potter/Hermine-Granger-Reihe den Schulleiter Dumbledore sprechen. Im Herbst nun erscheint der fünfte Band; erneut ein Wälzer von gut 700 Seiten. Es ist in den letzten Wochen nahezu

unmöglich gewesen dem Hype um dieses Buch in den Medien zu entgehen; die englische Ausgabe liegt nunmehr schon an der Spitze der deutschen Verkaufszahlen; Warner Bros. haben längst die Verwertungsrechte und die Regenbogen-Industrie kolportiert den märchenhaften Reichtum Rawlings als einer vormaligen Sozialhilfeempfängerin.

Nicht unser Thema.

Allerdings ist es unterdessen bemerkenswert, dass eine Autorin es vermocht hat, eine "ganze Generation von Game-

Cube und Play-Station-Kindern wieder an das Buch heran zu führen" (und etliche Erwachsene).

Während für die Kids der Fortgang der spannenden Verwicklungen auf der Ebene des Fantasy-Plots von Interesse sein wird - tatsächlich wird die Geschichte ohne spürbare Brüche weitergesponnen -, geschieht Bemerkenswertes mit den Hauptfiguren:

Wie Hermine, Harry, Ron und die anderen Mädchen und Jungen im Laufe der Zeit sich in sich selbst und untereinander verändern und entwickeln; wer wann welche Sensibilitäten entfaltet, und dass der Zweifel an der Identität sowohl der eigenen Person wie des Gegenübers ins Leben treten kann, das ist schlechterdings großartig geschildert.

Und es geht - erstaunlich genug! - um knallharte Politik: Wer sind die Anderen, wer die Bösen (Wer sind eigentlich WIR?) und wie wird gemeinsames Handeln organisiert?

Und wo liegen Grenzen für Solidarität?

Achja: es gibt noch dieses thing called love: Selten habe ich eine Kusszene so anrührend ... Mehr wird nicht verraten. Die Liga des Phönix - unbedingt lesen!

GEPUNKT

Jaonne Kathleen Rowling: "The Order of the Phoenix" Bloomsberry, London 16,99 Pfund und es soll auf Deutsch erscheinen am 8. November d. J. bei Carlsen, Hamburg, für ca 30 der Titel steht natürlich noch nicht fest - mutmaßlich: "Der Orden des Phönix".

Das Unternehmen Krieg.



Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung

Im Neoliberalismus werden nicht nur Staatsbetriebe privatisiert, sondern auch die Kriegsführung. "Das Unternehmen Krieg" geht ihren neuen Formen nach. Statt "Staatszerfall" und "Chaos", wie oft beschworen, zeichnen sich die Konturen einer "Neuen Kriegsordnung" ab. In ihr werden

private militärische Akteure von Eliten eingesetzt, um Herrschaft zu sichern.

Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg.

Nachkriegsstrategien der US-Regierung und ihrer Think Tanks



Materialien für einen neuen Antimperialismus

Das Buch analysiert die strategische Planung des Irakkrieges als weit greifenden Versuch einer Neuordnung des Nahen Ostens und als Ausdruck eines umfassenden sozialen Antagonismus

von Dario Azzellini, Boris Kanzleiter
Broschiert - 215 Seiten - Assoziation a - Juni 2003
14,- Euro

von Detlef Hartmann, Dirk Vogelskamp
Broschiert - 88 Seiten - Assoziation a - April 2003
8,- Euro

Landtagsgrüne gegen Gutscheine

Für die bündnisgrüne Fraktion brachte die Celler Abgeordnete Georgia Langhans im Juni einen Antrag auf Abschaffung des Wertgutscheinverfahrens für Asylbewerber in den Landtag ein. Sie hob dabei vor allem die Interessen der Gemeinden hervor: "Wir wollen ... die Kommunen endlich eigenständig entscheiden lassen, ob sie in Zeiten leerer oder knapper Kassen ... nicht lieber die Chance nutzen, unnötige Kosten einzusparen und Verwaltungsmehraufwand abzubauen." Aber sie benannte auch die bei der Einführung beabsichtigte Wirkung: "Flüchtlinge sollten durch repressive Maßnahmen zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gezwungen werden. ... Wertgutscheine erfüllen einzig und allein den Zweck der Diskriminierung."

Mechthild Ross-Luttman (CDU) sah das anders. Sie bezog sich dabei auf das Asylbewerberleistungsgesetz, ein Bundesgesetz wie sie im Hinblick darauf, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht die Absicht hat, es zu ändern, anmerkte. "Die Ausgabe von Wertgutscheinen ... entspricht der Zielsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes, nämlich dem leistungsberechtigten Personenkreis möglichst wenig Bargeld zur Verfügung zu stellen. Damit soll auch der Anreiz verringert werden, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen." Und weiter: "Wir wollen Bargeldzahlungen auch in Zukunft möglichst vermeiden und am bewährten Verfahren der Austeilung von Wertgutscheinen festhalten, weil dieses Verfahren auch für den Asylsuchenden ein problemloses Einkaufen ermöglicht. Dann aber müssen wir gegebenenfalls einen höheren Kostenaufwand und Verwaltungsaufwand bei den Kommunen in Kauf nehmen." Auch Jutta Rübke von der

SPD sah keinen Grund, etwas zu ändern. Der Bundesgesetzgeber verfolge das Ziel, "keinen Anreiz für die Einreise oder einen weiteren Aufenthalt aus wirtschaftlichen Gründen zu bieten. ... Diese Zielsetzung gilt auch heute noch." Zugunsten einer Verwaltungsvereinfachung könne sie sich aber vorstellen, das bisherige Verfahren umzustellen und die Entscheidung darüber, ob die Leistung in Form von Bargeld oder in Form von Wertgutscheinen gezahlt werde, in das Ermessen der Sachbearbeiter der Kommunalverwaltungen zu stellen. Gesine Meißner von der FDP lehnte für ihre Fraktion den Antrag ab und brachte das Chipkartenmodell in Gespräch. Und auch die Sozialministerin Ursula von der Leyen machte deutlich, dass die CDU/FDP-Landesregierung an der Diskriminierung von Flüchtlingen festhalten will: "Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang der Wille des Gesetzgebers hervorzuheben, dass verhindert werden soll, dass Ausländerinnen und Ausländer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. ... Ich meine deshalb, dass Ausländerinnen und Ausländer ... bereit sein müssen, bis zur Zuerkennung eines Daueraufenthaltsrechts ihr Leben auch mit unbaren Leistungen zu bestreiten." Der Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen.

Georgia Langhans vertrat in der Veranstaltung des AK Ausländer zu Bleiberechtskampagne überraschenderweise die Auffassung, der bündnisgrüne Antrag habe Erfolgchancen. Wie sie auf Basis dieser Debatte und angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Nds. Landtag darauf kommt, bleibt etwas rätselhaft.

Jungen Union in Celle nach rechts weit offen



Dass die Junge Union in Celle nach rechts kaum Berührungängste zeigt, ist ja nichts neues. Dies wird durch die Wahl von Frank Pillibeit zum neuen Vorsitzenden des Stadtverbandes im September dieses Jahres wieder mal belegt. Pillibeit, Mitarbeiter der Volksbank Burgdorf-Celle, ist nach eigenem bekunden seit 1989 Mitglied der Jungen

Union. Bereits 1999 war er als Beisitzer ein Jahr lang im Vorstand der JU-Celle, kandidierte aber nicht wieder.

Probleme mit rechtsextremistischen Gruppierungen scheint er nicht zu kennen. So nahm er an der Wahlkampfveranstaltung der Republikaner mit dem REP-Bundesvorsitzender Rolf Schlierer am 13.02.1998 in Hannover teil und auch eine Busfahrt von Celle zu einer

Veranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) im Jahre 1999 ließ er sich nicht entgehen.

Unvergessen ist auch sein Leserbrief in der CZ vom 07.08.1996 in der Celleschen Zeitung in dem er sich positiv zu dem SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke äußert. Priebke war der dritthöchste SS-Mann in Italien und war an einer Erschießung von 335 italienische Zivilisten am 24. März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen beteiligt.

Schuld an diesem Massaker hatten laut Pillibeit "italienische Partisanen" die "bewusst eine Repressalie der deutschen Wehrmacht" provozierten. Außerdem findet er, dass hier "ganz deutlich mit zweierlei Maß gemessen" wird, denn im Gegensatz zum Nazi-Kriegsverbrecher wurde der "italienische Kommunistenführer" nicht vor Gericht gestellt.

Dieter Kurz

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

26.09.2003: "Das letzte Kino der Welt"

Phantastische Tragikomödie über ein kinobesessenes Dorf in Argentinien, Spanisch mit deutschen Untertiteln

03.10.2003: "Herr Wichmann von der CDU"

Andreas Dresens Porträt eines Politikers im Wahlkampf. Die Dokumentation eines Wahlverlierers zeigt die gnadenlose Drecksarbeit, die ein Straßenwahlkämpfer leisten muß. Wichmann macht alles in Personalunion, Termine organisieren, Genehmigungen einholen, Plakatieren, ja er muß sich sogar selbst finanzieren. Obwohl kein gescheiter Gedanke bei der ganzen Sache herauskommt, hat man am Ende Respekt vor Wichmann und fragt sich, ob das lausige Niveau des Wahlkampfes vielleicht dem Wähler angepasst worden ist.

10.10.2003: "Little Senegal"

Französischer Film von Rachic Bouchareb über die Suche eines Senegalesen im Amerika von heute über die Auswirkungen der Sklaverei von gestern.

17.10.2003: "Okay"

Als Netes Vater unheilbar erkrankt und der Arzt ihm nur noch wenige Wochen zu Leben gibt, beschließt sie, den Todkranken in ihre Familie aufzunehmen. Während die kleine Familie genervt ist und auseinanderzubrechen droht, geht es dem Vater von Tag zu Tag besser. Ein typisch dänischer Film, eine gelungene Mischung zwischen Drama und Komödie mit sympathischen Darstellern und viel Humor, geschrieben vom Autor von "Kleine Missgeschicke"..

24.10.2003: "Hukkle - Das Dorf "

"Hukkle" ist intellektuelles, aufregendes Kino, das ein Höchstmaß an Konzentration und Aufmerksamkeit einfordert und die Grenzen von Genre, filmischer Narration und den Erwartungen des Publikums auf so atemberaubende und spektakuläre Weise sprengt, dass es wie ein Hohngelächter in den Ohren all derjenigen klingen muß, die glauben, alles schon gesehen zu haben.



31.10.2003: "Solaris"

Das Erfolgsteam Soderbergh/Clooney macht auch aus dem von vielen verehrten und in der langsamen Tarkowskij-Verfilmung gefürchteten Science Fiction "Solaris" einen anspruchsvollen und hitverdächtigen Film der besonderen Art.

07.11.2003: "Punch Drunk Love"

Paul Thomas Andersons dramatische Romanze erforscht die Untiefen einer amerikanischen Seele. In Cannes bekam er dafür den Preis für die Beste Regie

14.11.2003: "No Man's Land"

Ausgezeichnet mit dem Oscar 2002 als bester nichtenglischsprachiger Film: Danis Tanovics Soldaten-Geschichte aus Bosnien.

21.11.2003: "IGBY (Igby goes down)"

Wie wird man erwachsen, aber nicht verrückt? Jenseits des gängigen Teenie-Klamauks erzählt die smarte Tragikomödie in der Tradition von J.D.Salinger vom skurrilen Kampf eines jungen Helden gegen die Windmühlen des Lebens und der Liebe. Starbesetzt bis in die Nebenrollen, boshaft komisch und clever inszeniert präsentiert sich eine vergnügliche Mischung aus "Reifeprüfung", "Harold und Maude" und "Royal Tennenbaums". Perfekte Programmkinoware mit Kultfilm-Potenzial.

28.11.2003: "Russian ARK"

Als Rundgang durch die berühmte Petersburger Eremitage in einer einzigen, fließenden Einstellung gedreht, entfaltet sich in "Russian Ark" die russische Geschichte von der Zeit Peter I. bis in die Gegenwart. Zusammen mit dem deutschen Kameramann Tilman Büttner schuf der russische Dokumentar- und Spielfilmregisseur Alexander Sokurov einen in jeder Hinsicht faszinierenden, komplexen, stilistisch brillanten Film, der ohne Frage zu den herausragenden Werken der letzten Jahre zu zählen ist.

05.12.2003: "Joint Security Area"

"Joint Security Area" ist großes Entertainment mit Hirn, nichts für Freunde abgedrehter asiatischer Kinoästhetik, aber von beeindruckender Intellegenz, Wärme und Kraft, ein Film, den es zu Zeiten der deutschen Teilung nie gegeben hätte.

12.12.2003: "Ninotschka"

Die sehr linientreue sowjetische Genossin Ninotschka wird nach Paris geschickt, um drei unzuverlässige Abgesandte Moskaus zur Raison zu bringen. Dort angekommen verliebt sich die Schöne in einen charmanten Grafen, den sie eigentlich nur als "Produkt einer untergehenden Kultur" studieren wollte. Natürlich geht das nicht ohne Komplikationen ab. Denn der Westen hat durchaus seine kommerziellen Seiten...



TERMINE

Do. 25.09.2003, 20:00 Uhr
 UJZ Korn, Kornstr., Hannover
Nazi-Strukturen in Hannover und Umgebung - ein Überblick
 Veranstalter: Antifaschistischen Aktion Hannover und Schwarze Strolche/ Jugendantifa

Fr. 26.09.2003, 21:00 Uhr
 CD-Karserne
 Hannoversche Str., Celle
 Reggatta de Blanc, Europe's finest
Police-Coverband
 Eintritt: 9,50 Euro

Sa. 27.09.2003, 11 bis 13 Uhr
 Poststraße, Celle
Infostand des Social Forum Celle gegen die Besetzung des Irak

Mi. 01.10.2003, 20:00 Uhr
 Buntes Haus,
 Hannoversche Str. 30f, Celle
Castor-Festspiele 2003. Offenes Plenum zu Celler Aktionen.

Sa. 04.10.2003, 13:00 Uhr
 Hannover
 Bleiberechtsdemonstration des Nds. Flüchtlingsrates; die Celler AG Bleiberecht unterstützt die **Demonstration.**
 Auftakt: Kröpcke.

Sa. 04.10.2003, 20:30 Uhr
 Findelhof, Bockelskamp
 Seibel und Wohlenberg, **Kabarett**

Fr. 10.10.2003, 21:00 Uhr
 CD-Karserne
 Hannoversche Str., Celle
Rockparty: Bald rockt's
 Rock, Punk, Crossover & Metal
 Eintritt: 2,50 Euro

Di. 14.10.2003, 20:00 Uhr
 Buntes Haus,
 Hannoversche Str. 30f, Celle
Zwei Filme zum Thema "Sozialer Kahlschlag"
 20:00 Uhr: The big One. Michael Moore geht mit "The Big One" auf eine Tour d'horizon durch die Verheerungen liberaler Wirtschaftspolitik in den USA. Als geborener Stand-up-Komiker entdeckt er in der bitteren Wirklichkeit stets das Groteske und zieht mit uner-

schütterlichem Optimismus gegen die Managerkultur zur Feld.
 22:00 Uhr: Soy lent Green. Social Fiction aus dem Jahr 1973. - Im Jahr 2022: Während sich die reiche Gesellschaftselite mit Videospiele die Zeit vertreibt und enorme Summen für Gemüse und Fleisch ausgeben kann, müssen sich die Armen stundenlang für synthetische Nahrungsmittel anstellen. Für viele ist der einzige Ausweg aus ihrer Lethargie nur der staatlich geförderte Freitod ...
 Veranstalter: Social Forum Celle;
 Eintritt: 1 Euro.

Sa.18.10.2003, 20:30 Uhr
 Findelhof, Bockelskamp
 Seibel und Wohlenberg, **Kabarett**

Sa.18.10.2003, 22:00 Uhr
 CD-Karserne,
 Hannoversche Str., Celle
Reggae-Bashment Nights
 Live: The Mighty PowPow Movement (Köln)

So. 19.10.2003, 19:00 Uhr
 (nach der VoKü)
 Buntes Haus,
 Hannoversche Str. 30f, Celle
"Seid bereit" - Eine Dokumentation des Castortransports im November 2002 durch die Video-Gruppe der BI Lüchow-Dannenberg.
 Veranstalter: Celler Forum gegen Atomenergie; kein Eintritt.

Mo. 20.10.2003
 Irgendwo in Celle
Aktionstag gegen Sozialabbau.
 Was in Celle läuft, ist noch nicht klar. Näheres ab Anfang Oktober unter www.buntes-haus.de

Sa. 25.10.2003, 11:00 Uhr
 Bahnhof Celle
"SCHÖNES WOCHENENDE"
Bahnfahren gegen die Atomwirtschaft
 Mit einer mobilen Demonstration setzen AKW-GegnerInnen in Kleingruppen (Schönes-Wochenende-Ticket) auf möglichst vielen Bahnstrecken und auf den Bahnhöfen ein deutliches Zeichen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Näheres

unter "www.wirsindamzug.de" oder beim Celler Forum gegen Atomenergie.

Mo. 27.10.2003, 20:00 Uhr
 CD-Karserne,
 Hannoversche Str., Celle
Metal Night
 mit "Altar", "Sacred Sin" & Local-Act
"Banished Reality"

Ständige Termine:

Arbeitskreis Eine Welt
 jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
 (Zilnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
 Di - Fr: 10-17 Uhr
 Sa: 10 -13 Uhr

Forum gegen
 Rechtsextremismus und Gewalt:
 jeden 1. Mittwoch im Monat 19
 Uhr c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221
 Celle

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne hinten links Halle 12)
 Hannoversche Str 30f
 29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:
 z. Zt. unregelmäßig auf Nachfrage
 Archiv
 jeden Donnerstag 17-19 Uhr
 KDV-Beratung
 jeden Donnerstag 17-19 Uhr
 Plenum
 jeden Donnerstag 19 Uhr
 Volkshochschule
 jeden Sonntag 18 Uhr
 Deutschkurst für MigrantInnen
 jeden Dienstag und Donnerstag
 16.30-18.00 Uhr
 Geschichtswerkstatt
 jeden 4. Montag im Monat
 19.30 Uhr
 Forum gegen Atomindustrie
 jeden 1. Mittwoch im Monat
 19.30 Uhr
 Social Forum Celle
 Jeden 2. Dienstag und
 jeden 4. Donnerstag im Monat,
 20 Uhr